

Wochentlich 85 Bfg., monatlich 2,60 M. im voraus zahlbar. Postbezug 4,22 M. einschl. Postgebühren, Zustandsgebühren 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilagen „Welt und Zeit“ und „Kinderfreund“, Ferner „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Technik“, „Bild in die Zukunft“ und „Jugend-Vorwärts“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Kompartimentierung des „Vorwärts“... (Text continues with details about the newspaper's layout and subscription information)

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Pönbott 290—297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkassenkonto: Berlin 87 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65 Diskonto-Gesellschaft, Depotkassette Lindenstr. 3

## Wen wählt der Arbeiter?

### Liste 1, Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Genosse Jakob Heinen, einer der Mitbegründer der SPD., der jetzt wieder der SPD. angehört, fordert in den folgenden Zeilen die Arbeiterschaft auf, der Liste 1, Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die Stimme zu geben.

Nur noch wenige Tage trennen uns von den Wahlen. Das Wahlfieber steigt, mit ihm zusammen aber auch eine unerwünschte Nebenwirkung: das politische Komodorum. Kein Tag vergeht, an dem man nicht erfährt von Beschimpfungen und Rißhandlungen Andersdenkender, von politischen Schlägereien und Terrorakten. Und hier beim politischen Kräftefeld sind die Parteien am aktivsten, die auch in ihrem Programm eine freie Meinungsäußerung der Gegner ablehnen: Böttische und Kommunisten.

So demonstrieren die Anhänger der Diktatur der Bevölkerung, was sie zu erwarten hat, wenn die Diktatoren ans Ruder gelangen: Freiheit der Meinung nur für die eigenen Anhänger, für die anderen Raubhalten und Rufen. Dies hat ja schon immer zum Programm der Böttischen, der Prosper von Arnberg und anderer Kolonialhelden gehört. Bei ihnen ist also wohl kaum eine Änderung zu erwarten. Wenn aber kommunistische Arbeiter sich keine Gedanken machen, wozu es führt, wenn man mit brutalen Mitteln die Meinungsfreiheit der anderen unterdrückt, dann sei den Kommunisten zur nachdenklichen Betrachtung hierher geleitet, was ihre große Wortführerin Rosa Luxemburg bei einer Kritik der bolschewistischen Methoden schrieb. In ihrem Nachlaß, herausgegeben von Paul Levi, heißt es:

„Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für Mitglieder einer Partei — mögen sie noch so zahlreich sein — ist keine Freiheit. Freiheit ist immer Freiheit des Andersdenkenden. Nicht wegen des Fanatismus der „Gerechtigkeit“, sondern weil all das Belehrende, Heißsame und Kleinende der politischen Freiheit an diesem Befehl hängt und seine Wirkung verliert, wenn die „Freiheit“ zum Privilegium wird.“

Diese Worte Rosa Luxemburgs mögen sich die kommunistischen Arbeiter und diejenigen, die mit der kommunistischen Partei sympathisieren, durch den Kopf gehen lassen. In Rußland ist die

„Freiheit“ zum Privilegium der herrschenden Partei geworden. Das politische Leben ist erstarrt und der wirtschaftliche Wiederaufbau geht nur äußerst langsam vor sich. Wenn wir auch hoffen und wünschen, daß es den Russen bald gelingen möge, bessere Zustände herbeizuführen und den Weg zum Sozialismus freizumachen, so müssen wir uns doch dagegen wenden, und auch Rosa Luxemburg hat sich dagegen gewandt, daß die Russen ihre Methoden dem internationalen Proletariat als das Muster sozialistischer Taktik zur Nachahmung empfehlen.

Bei uns, unter der Demokratie, ist gewiß auch noch sehr vieles Verbesserungs- und Änderungsbedürftig. Aber falsch wäre es, das Kind mit dem Bade auszuschütten und die demokratischen Einrichtungen zu beseitigen. Wenn die Praxis in Rußland und Italien das noch nicht gezeigt hat, der mag auch noch nachlesen, was Rosa Luxemburg hierüber geschrieben:

„Gewiß, jede demokratische Institution hat ihre Schranken und Mängel, was sie wohl mit sämtlichen menschlichen Institutionen teilt. Nur ist das Heilmittel, das Trost und Lenin gefunden: die Beseitigung der Demokratie überhaupt, noch schlimmer als das Uebel, dem es steuern soll: es verschüttet nämlich den lebendigen Quell selbst, aus dem heraus alle angeborenen Unzulänglichkeiten der sozialen Institutionen allein forrgiert werden können: das aktive, ungehemmte, energische politische Leben der breitesten Volksmassen.“

Das aktive, energische politische Leben der breitesten Volksmassen, das ist es, was wir brauchen, was in Rußland fehlt und was bei uns in Deutschland zum Teil durch den Kampf der Arbeiter gegeneinander aufgebraucht wird.

Deshalb:  
Schluß mit dem gegenseitigen Haß und mit der gegenseitigen Selbstzerfleischung!

Hinein in die Sozialdemokratische Partei, die noch imstande ist, als Sammelbecken für die gesamte Arbeiterschaft zu dienen!

Am 20. Mai alle Stimmen für diese Partei durch Abgabe des Stimmzettels mit Ankreuzen der

Liste 1.

## Das Licht aus dem Ofen.

### Der fatale Kreis des bolschewistischen Systems.

Von Wladimir Bontschak.

Das wirtschaftliche und politische System der Sowjets sind miteinander aufs engste verbunden; das eine wie das andere ist der Aufgabe untergeordnet, die Diktatur der bolschewistischen Partei zu sichern. Diese Diktatur hat seit langer Zeit aufgehört, ein Mittel zu sein, um bestimmte revolutionäre Zwecke auf wirtschaftlichem oder politischem Gebiet zu verwirklichen. Vielmehr wird sie als Selbstzweck betrachtet und mit der berühmten Leninschen These begründet: die organisierte, aufgeklärte und willensstarke Minderheit hat für die Mehrheit des Volkes zu entscheiden. Den Grundlag der Demokratie, nach dem alle Macht vom Volke ausgeht, wirft diese These über den Haufen und ersetzt ihn durch einen anderen Grundsatz, der in der Geschichte der Menschheit nicht ganz neu ist: die Volksmassen sind unmündig!

In Sowjetrußland weist man dabei vor allem auf die Bevölkerung des flachen Landes hin: wie könne man den Bauern die Entscheidung über ihr Leben überlassen, wenn sie zum großen Teil weder zu schreiben noch zu lesen vermögen? Wir wollen hier auf den Wert dieser Argumentation nicht eingehen, die zur Verteidigung der bolschewistischen Staatsmacht in allen Zeiten ins Feld geführt wurde. Ein anderes scheint uns von größerem Interesse: Ist die Diktatur in Rußland deshalb notwendig, weil die Volksmassen unaufgeklärt sind, so würde doch die erste Aufgabe der Regierung darin bestehen müssen, ihnen die notwendige Aufklärung zu geben, damit sie auf eigenen Beinen stehen und in der Zukunft die politische Vormundschaft entbehren können. Es handelt sich hier selbstverständlich nicht um eine Aufklärung im Geiste der herrschenden Partei — eine solche Aufklärung wird von jeder bolschewistischen Regierung dem Volke recht gern und freigiebig erteilt —, sondern um die Verbreitung jener elementaren Kenntnisse, die dem Menschen ein Urteil über die vor ihm stehenden Lebensprobleme ermöglichen. Kurz, es handelt sich hier um die Volksschule.

Im Jahre 1919 erließ die Sowjetregierung ein feierliches Dekret, wonach das Analfabetentum in Rußland bis zum zehnjährigen Jubiläum der Sowjetmacht verschwinden sollte. Damit stellte sich die Regierung eine doppelte Aufgabe: 1. ein Volksschulnetz zu schaffen, welches die Durchführung der Schulpflicht ermöglichen würde; 2. den Erwachsenen, die in ihrer Jugend die Schule nicht besucht hatten, nachträglich die Elementarkenntnisse zu vermitteln. Es ist nicht zu leugnen, daß in diesen beiden Richtungen gearbeitet wurde.

Ende 1925 zählte man in Rußland über 50 000 Abend- und Nacht- und Fernschulen für Analphabeten, die insgesamt von etwa 1,6 Millionen Personen — zum Teil allerdings nur eine kurze Zeit — besucht wurden. Vor kurzem hat Krupskaja (die Witwe Lenins, die sich hauptsächlich mit den Fragen der Volksbildung beschäftigt) berechnet, daß in der Union jährlich eine Million Erwachsene die Lese- und Schreibkunst erlernen. Diese Ergebnisse verdienen Anerkennung, das Schwerkgewicht liegt jedoch in der Schulung des Nachwuchses. In dieser Beziehung ist aber die Lage nicht erfreulich: Krupskaja hat berechnet, daß die Zahl der Kinder im Schulalter, die außerhalb des Schulnetzes bleiben und ins Erwerbsleben treten, ohne das Abc gelernt zu haben, rund eine Million jährlich beträgt und der Zahl der Besucher der Abend- und Nacht- und Fernschulen gegenübersteht. Diese Zahl veranlaßt die Witwe Lenins, von einer „Stabilisierung des Analfabetentums“ im Sowjetstaat zu sprechen.

Hinzu kommt noch, daß ein großer Teil der Kinder, die die Schule besucht haben, dennoch ins Erwerbsleben als Halb-analphabeten eintreten. Die Volksschule ist in Rußland auf vier Lehrjahre eingestellt; sie umfaßt aber etwa eine Hälfte des Programms einer üblichen europäischen Primärschule. Bedauerlicherweise verläßt aber eine Hälfte (in ländlichen Bezirken sogar 60 Proz.) der eingeschulerten Kinder die Schule schon nach zwei Jahren, nur 25 bis 30 Proz. der Schüler (auf dem Lande nicht ganze 20 Proz.) besuchen die Klassen länger als drei Jahre. Den vierjährigen Unterricht erhalten ungefähr 12 Proz. der eingeschulerten. Auf dem flachen Lande sinkt sogar dieser Prozentsatz im Durchschnitt auf 4 bis 5 Proz.

Nirgends wird ferner der Volksschullehrer so schlecht bezahlt wie im Reiche der Sowjets, und es ist schwer, in Europa ein anderes Land zu finden, wo die Ausgabens des Staates für einen Schüler so niedrig wären. Die Zeitschrift des Volkskommissariats für Finanzen hat vor ein paar Monaten das durchschnittliche Gehalt des Volksschullehrers berechnet und festgestellt, daß im Jahre 1926/27 ein Lehrer der Volksschule im Durchschnitt 47,7 Proz. seines Gehalts in der Vorkriegszeit erhielt („Westnik Finanzow“ 1928, N. 1, S. 100). Und dabei bekam der Volksschullehrer im zaristischen Rußland nicht viel mehr, als es ihm durchaus notwendig war, um nicht zu verhungern!

## Justizmord.

### Der Standpunkt der Regierung von Mecklenburg-Strelitz.

Der Chef der Landeskriminalpolizei von Mecklenburg-Strelitz, der im Auftrag des Staatsministers v. Reibnitz den Fall Jakubowski nachgeprüft hat, ist zu der Ueberzeugung gelangt, daß Jakubowski unschuldig hingerichtet worden ist, daß der Mörder unter den Zeugen Rogens, Kreuzfeld und Bister zu suchen ist. Er hat deshalb die Verhaftung der drei angeordnet.

Der Oberstaatsanwalt Müller, der eine andere Ueberzeugung vertritt, hat die Verhafteten wieder enthaftet. Um Klarheit in diesem Konflikt zu schaffen, hat Staatsminister v. Reibnitz das Reichsjustizministerium um Entsendung eines Gutachters gebeten. v. Reibnitz sieht es als selbstverständliche Pflicht an, daß der Fall Jakubowski restlos geklärt werden muß. Nach seiner Auffassung muß aus dem Ernstes und der Bedeutung des Falles willen dabei alle Sensation vermieden werden, die nur dazu führen kann, den Fall zu verdunkeln.

## Strefemanns Erkrankung.

### Noch immer ernster Charakter.

Ueber die Erkrankung Dr. Strefemanns ist heute abend von den behandelnden Ärzten folgende Mitteilung ergangen: Im Befinden des Reichsaussenministers Dr. Strefemann ist infolgedessen eine Veränderung eingetreten, als die Magen-Darmerkrankungen sich gebessert haben. Indessen hält die Störung der Nierenaktivität an. Abendtemperatur 37,6, Puls 80. Der Charakter der Erkrankung muß auch heute noch als ernst angesehen werden. Bez. Professor Dr. H. Zondek, Sanitätsrat Dr. Gisevius, Dr. Schulmann.

## Die Knechtung Deutsch-Südtirols.

### Die letzten deutschen Vereine unterdrückt.

Jansbrud, 15. Mai.

Wie die „Innsbrucker Nachrichten“ melden, hat der Präfekt von Bogen eine Reihe deutscher Vereine aufgelöst, die der Erziehung und dem geselligen Zusammenschluß der deutschen Jugend gewidmet waren. Es handelt sich meistens um katholische Gesellen-, Burgen- und Jugendvereine.

## Die Wahl ist geheim!

### Eine Warnung der preussischen Regierung.

Der preussische Justizminister hat an die Generalstaatsanwälte folgende Verfügung erlassen:

„Aus Anlaß der bevorstehenden Wahlen ersuche ich die Staatsanwaltschaften, ihr besonderes Augenmerk auf etwaige Fälle zu richten, in denen versucht wird, Wähler in unzulässiger Weise an der Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte zu hindern oder bei der Abgabe ihrer Stimme zu beeinflussen. (§§ 107, 107a, 109, 240 StGB.) Wo solche Fälle zur Kenntnis der Staatsanwaltschaft gelangen, ist gegen die Täter mit allem Nachdruck und mit tunlichster Befehlennigung einzuschreiten. Ueber die Einleitung und den Gang der Verfahren ist zu berichten.“

Die Maßnahme des Justizministers bildet den Schlüsselstein der Sicherungen, die die unbeflüchtete Stimmabgabe des Staatsbürgers gewährleisten sollen. Es ist um so notwendiger, als zahlreiche Meldungen aus dem Lande erkennen lassen, daß — vor allem in landwirtschaftlichen Bezirken — häufig der Versuch gemacht wird, die Wähler durch Androhung mit Sündigungen und anderen wirtschaftlichen Schädigungen zur Stimmabgabe für bestimmte Parteien zu zwingen. Der amtliche Preussische Pressedienst weist demgegenüber darauf hin, daß derartige Bemühungen nicht nur der Verfassung widersprechen, sondern auch ernste zivilrechtliche Folgen nach sich ziehen können, da die Geschädigten berechtigt sind, gegen die Schädiger Schadenersatzanspruch zu erheben.

Im übrigen hat der preussische Innenminister durch genaue Anweisungen an die Behörden und an die Wahlvorstände alle Vorkehrungen getroffen, um die absolute Geheimhaltung der Stimmabgabe zu verbürgen, so daß mit Sicherheit gesagt werden kann, daß niemand zu befürchten braucht, daß ein zweiter oder dritter jemals erfahren könnte, wie er gewählt hat.

Jeder kann frei nach seiner Ueberzeugung stimmen

für Liste 1 Sozialdemokratische Partei!

Die Ausgaben auf einen Schüler machten nach den Berechnungen derselben amtlichen Quelle (ebenda S. 101) aus:

	Im Jahre 1913	Im Jahre 1923/26
Lehrkräfte	18,58 Rubel	13,55 Rubel
Lehrmittel	6,57 "	0,99 "
Unterhalt d. Schulgeb. u. dgl.	7,97 "	2,11 "
Insgesamt	33,12 Rubel	16,45 Rubel

Die jährlichen Ausgaben auf den Schüler in Deutschland verglichen, betragen die Aufwendungen des Sowjetstaats fast mehr als 12 bis 15 Proz. Berücksichtigt man aber, daß in Deutschland jedes Kind acht Jahre die Schule besucht (die Fortbildungsschule nicht gerechnet), in Rußland aber im Durchschnitt zwei bis drei Jahre, so ergibt es sich, daß die Arbeiter- und Bauernregierung für die Erziehung eines Bürgers etwa 4 bis 5 Proz. des Betrages ausgibt, der für denselben Zweck in Deutschland bewilligt wird.

Freilich macht man häufig den deutschen Gemeinden — vor allem denjenigen, die von Sozialdemokraten beeinflusst werden — den Vorwurf, daß sie sich einen verschwenderischen Schulluxus gestatten. So weit wie in Sowjetrußland gehen aber in Deutschland die Forderungen nach Sparsamkeit im Schulwesen auch bei den reaktionärsten Gegnern der Sozialdemokratie nicht!

Uebrigens erkennen die Bolschewisten selbst, daß die Lage der Volksschule in Rußland bedauerlich ist. Sie weisen aber darauf, daß ihnen für den Ausbau des Schulwesens die erforderlichen Mittel fehlen. In gewissem Sinne haben sie auch recht. Die produktiven Kräfte des Landes sind durch die schlechte Wirtschaftspolitik in ihrer Entwicklung gehemmt. Die Staatsindustrie arbeitet mit ungeheuren Unkosten, die nur durch Subventionen und Verteuerung der Waren gedeckt werden. Das Handelsmonopol, das für die Aufrechterhaltung der Staatsindustrie unentbehrlich ist, hat für das Land die Wirkung einer Blockade. Die Landwirtschaft wird systematisch ausgebeutet. Bei dieser Lage ist es wirklich unmöglich, vom Volke mehr an Steuern und Preiszuschlägen herauszuwickeln, als man es gegenwärtig tut. Die Regierung ist gezwungen, zu sparen. Welche sind aber die Ausgabenposten, an denen in einem Lande der Diktatur gespart werden kann? Sicherlich können weder das Heer, noch die Polizei, noch die Parteiorganisationen gespart werden. Ebenso unzulässig wäre es, den staatlichen Trufts sowie dem Handelsapparat die offenen und verhüllten Subventionen zu entziehen. Auch solche Aufwendungen, wie die für Propagandazwecke, für die ausländischen kommunistischen Parteien, für den Empfang von begeisterten Delegationen (die das Volk in Rußland mit boshaften Doppelsinn „unser teuren Gäste“ nennt) lassen keine erhebliche Kürzungen zu. So bleiben für den Volksschüler nicht mehr als 47,7 Proz. seines Gehaltes in der Vorkriegszeit und für das Schulkind nur 16,45 Rubel im Jahre übrig.

Damit schließt sich der fatale Kreis: das Schulkind bleibt in einem kläglichen Zustand, weil der Staat kein Geld hat; der Staat hat kein Geld, weil er das Wachstum der produktiven Kräfte hemmt und zugleich ungeheure Mittel für den Schutz des bestehenden Systems verwenden muß. Das System wird durch die Finsternis der Volksmassen begründet, diese Finsternis wird aber durch den Zustand des Schulwesens verewigt.

Und dieses System will man dem für die Befreiung der Menschheit kämpfenden internationalen Proletariat als das begährte Ideal, als das Licht aus dem Osten aufzwingen!

## Die Partei des Rittergutsbesizers.

### Einige Beispiele aus der Praxis.

Landwirte in Not! Man erinnert sich noch des Geschreis, das der Landbund und die ihm ergebene Presse kurz vor dem Schluss der Reichstagsession erhob. Wer die sozialistische Propaganda der dem Landbund nahestehenden Partei in den letzten Wochen verfolgt hat, wird sich davon überzeugt haben, daß die Not jedenfalls nicht bei denen zu suchen ist, die damals am lautesten geschrien haben: bei den deutschnationalen Großgrundbesitzern. Ein paar Fälle aus dem praktischen Leben mögen das Bild vervollständigen:

Der deutschnationalen Rittergutsbesitzer Dr. Brandes in Althoff bei Insterburg, Präsident der ostpreussischen Landwirtschaftskammer, der Hauptlandwirtschaftskammer für Preußen und des deutschen Landwirtschaftsrates, der einige zehntausend Mark an Aufwandsentschädigung bezieht und dessen Gut 5000 Morgen umfaßt, lehnt es ab, trotz wiederholter Aufforderung eine Schuld von 150 Mark an einen Handwerker zu begleichen. Er lehnte ab, weil er als „notleidender Landwirt“ nicht über 150 Mark verfüge. Einige Zeit vorher hat Brandes ein ausgezeichnetes Geschäft mit der Stadt Insterburg gemacht, der er 180 Morgen Land für 180 000 Mark als Hafengelände verkauft. Seine „Not“ ergibt sich auch daraus, daß er im Winter 1926 mehrere Wochen mit seiner Familie und einer großen Dienerschaft in Italien zur Erholung weilte.

Der Rittergutsbesitzer Niebuhr in Bierogien ist ein Mann von ähnlichem Kaliber. Er hat kürzlich sein Gut von 1500 Morgen für 475 000 Mark der Stadt Insterburg verkauft und am 1. Januar d. J. eine Anzahlung von 200 000 Mark erhalten. Er dankt trotzdem nicht daran, bei dem Kaufmann Lindemann seine Schuld in Höhe von 250 Mark zu bezahlen. Der Grund? Die „Not der Landwirtschaft“.

Der Gutsbesitzer Krupps, Inhaber der Güter Siegmarien und Ernstfeld bei Insterburg von insgesamt 1500 Morgen, hat bis heute nicht daran gedacht, die ihm auferlegte Grundvermögenssteuer zu entrichten. Die „Not der Landwirtschaft“ ist bei ihm so groß, daß er im Februar 1928 mit seiner Frau eine Bergnährungsreise nach Ägypten unternahm.

Drei Beispiele aus Insterburg. Glaubt jemand, daß sich diese Herrschaften anderswo anders verhalten? Dem Staat die Steuern vorzuhelfen, Schulden machen und nicht bezahlen, während man selbst in den Lag hineinlebt, und obendrein in schreienden Plakaten sich an das christliche und „nationale“ Empfinden der Beschränkten wenden, das ist ihre Praxis.

Es ist die Praxis der Deutschnationalen, die Praxis der Liste 2!

Die „Westdeutsche Morgenpost“, eine schwerindustrielle, nationalsozialistische Zeitungsgründung, hat nach mehrwöchigem Bestehen ihr Erscheinen einstellen müssen. Die Gesellschaft wird liquidieren.

Die polnischen Sozialisten forderten im Sojmuschuh Heeresverminderung auf 150 000 Mann und Dienstkontingierung auf ein Jahr; natürlich abgelehnt.

# „Fachminister“ des Bürgerblocks.

## Bier Ministerporträts von \* \* \*

Zu den beliebtesten Argumenten der Deutschnationalen gegen den Volksstaat gehört die Klage, daß Deutschland Parteileuchten ohne die notwendigen Vorkenntnisse ausgeliefert werde, die selbstherrlich sich selbstbezogene Pöbeln ergatterten. Romantisch fand man es unerträglich, daß Ministerposten Männern übertragen wurden, die sich weder unter dem Vorwand, Studien zu treiben, einige Semester an deutschen Hochschulen aufgehalten und mit Hilfe von Einpaukern die juristischen Examina bestanden, noch die Offizierslaufbahn zurückgelegt hatten. Als aber im Jahre 1927 der Bürgerblock das Licht der Welt erblickte, legten die Verehrer des Fachbeamtentums durch, daß der Reichsverkehrsminister Dr. Krohne, ein Fachminister von unbestreitbarer Tüchtigkeit, dem

### deutschnationalen Arbeitersekretär Koch

Platz machte, der dem Verkehrsweisen mit der schönsten Unbefangenheit gegenüberstand. Seine Hilfslosigkeit gab dem Volkspartei-Mittelmann am 7. März dieses Jahres im Reichstag Veranlassung zu dem Ausdruck des Bedauerns darüber, daß Wissen nicht erforderlich sei, und zu der Feststellung, daß der Übergang des Ministeriums von Herrn Krohne auf Herrn Koch zu einer Verminderung des Ansehens dieser Behörde geführt habe. Die Abwehr dieses Angriffes übertrug die deutschnationalen Fraktion ihrem Mitgliede Herrn Dr. Quast. Er entledigte sich seines Auftrages, indem er wörtlich sagte:

„Was den Vorwurf mangelnden Wissens betrifft, so weiß ich nicht, welche Vorbildung Herr Dr. Mittelmann für einen Reichsverkehrsminister für notwendig hält; ich nehme an, die eines Juristen oder überhaupt eine akademische Bildung, Ingenieur oder dergleichen. Da möchte ich Ihnen folgendes sagen: Bei diesen Stellen kommt es nicht darauf an, welche Schulen man durchlaufen hat, sondern wie die Schule des Lebens gewesen ist, die der Betreffende durchgemessen hat. Ich kenne keinen häßlicheren Hochmut, als den Hochmut der Bildung.“

Herr Dr. Quast erzielte stürmische Zustimmung auf der linken Seite des Hauses. Sie galt nicht der Verteidigung des Herrn Koch, dessen Unbedeutendheit nicht zu dem kleinsten Epigramm auf seine Kosten Material gibt, sondern den grundsätzlichen Ausführungen des Redners, die die beste Widerlegung einer ständig wiederkehrenden deutschnationalen Anklage gegen die deutsche Republik waren. — Ueber Herrn Koch ist damit das Nötige erschöpfend gesagt.

### Herr Schiele

wird dadurch charakterisiert, daß er, der im Kabinett Butcher neun Monate lang Leiter des Reichsinnenministeriums war, von seiner Fraktion im Kabinett Marx nicht wieder an die Spitze dieser Behörde gestellt worden ist. Man hielt Herrn v. Reudell für immer noch geeigneter als ihn. Es bliebe dahingestellt, ob diese Einschätzung beider Männer berechtigt ist. Aber sozial steht fest, daß das Reichsinnenministerium, das es Herrn von Reudell anvertraut wurde, noch keinen Minister gesehen hat, der seinem Amt so wenig gewachsen war, wie Herr Schiele. Es erwies sich als gänzlich unmöglich, ihn auch nur die einfacheren juristischen Dinge klar zu machen. Er begriff nicht einmal, daß es unstatthaft ist, literarische Arbeiten anderer als eigene zu veröffentlichen.

### Herr Hergt.

Der Reichsjustizminister des Bürgerblocks, ist ein Beweis dafür, daß die von Herrn Quast aufgestellte Initiative von Initiative des Fachmanns und Lebenserfahrung des Nichtfachmanns nicht besteht. Denn Herr Hergt hat in der Schule des Lebens richtig gelernt, daß eine militärische Armee nicht über das Weltmeer nach Europa schwimmen oder fliegen können, nur hat er daraus den leider unrichtigen Schluß gezogen, daß sie nicht in der Lage sein würden, zu kommen. Und Initiative einsetzte er in reichem Maße, nämlich zu dem Zwecke, die Verwirklichung der Aufwertungsverprechungen zu verhindern, mit denen er als Oppositionsführer so freigebig gewesen war. Der Mann, der im Jahre 1924 die Aufwertung unter voller Berücksichtigung des Dr. Beseligen Gesegentwurfs versprochen hatte, bekam es fertig, 1927 dem sozialdemokratischen Antrag entgegenzutreten, in Fällen, in denen ein verarmter Gläubiger einem reichen Schuldner gegenübersteht, eine höhere Aufwertung als 25 Proz. nach beliebigem Ermessen zuzugestehen. Indessen muß davor gewarnt werden, aus der kräftigen Initiative, die Herr Hergt hierbei an den Tag gelegt hat, den Schluß zu ziehen, daß er auf dem Gebiet der Justiz Fachminister ist. Das Gegenteil beweist der folgende Fall: Man erinnert sich, daß der berühmte Justizrat Claf sich Mühe gegeben hatte, den Reichspräsidenten dafür zu gewinnen, unter mißbräuchlicher Anwendung der ihm durch die Reichsverfassung verliehenen Macht diese Verfassung mit Hilfe des Artikels 48 aus der Welt zu schaffen. Das Reichsgericht schätzte die juristische Intelligenz des Herrn Claf so niedrig ein, daß es seine tapferen Behauptung, er habe den Reichspräsidenten zu dem ihm angebotenen Verfahren für geleglich befugt erachtet, für nicht widerlegt erklärte. Mit dieser Begründung stellte es das gegen Herrn Claf eingeleitete Hochverratsverfahren ein. Herr Hergt fügte zur Verteidigung des reichsgerichtlichen Beschlusses diesem Argument aus eigenem ein weiteres hinzu. Er führte nämlich am 27. Januar d. J. im Reichstag aus, da jedermann wisse, daß der Reichspräsident keinen Hochverrat begehen wolle, sei es unlogisch, anzunehmen, daß Claf sich durch seine Tätigkeit eines Unternehmens des Hochverrats schuldig gemacht habe. In diesen Worten drückte sich eine Unkenntnis der Begriffe des strafbaren Versuchs und des Unternehmens aus, die Veranlassung dazu gibt, Herrn Hergt zu beglückwünschen, daß er sich als Reichsjustizminister und nicht als Kandidat im ersten juristischen Examen verraten hat. Es wäre ihm sonst wahrscheinlich zum ersten Male in seinem Leben zugestanden, daß jemand den Wunsch ausgedrückt hätte, ihn wiederzusehen, nämlich die Mitglieder der Prüfungskommission. Bis zur Wiederholung seines Examins hätte Herr Hergt dann vielleicht gelernt, daß es für den Versuch und das Unternehmen nicht darauf ankommt, ob das vom Täter gewählte Mittel zur Erreichung seines Zweckes tauglich ist oder nicht. — Und nun zu dem Fachminister

### Herrn von Reudell

Die Geschichte seines Ministeriums ließ sich wie eine Unfallchronik. Herr von Reudell hat keine, aber auch keine Gelegenheit zu einem Malheur unbenutzt gelassen. Dieser zum Schutz der Reichsverfassung besonders beruene Minister hatte als Kandidat des Reiches Königsberg (Neumark) den Eid auf die republikanische Verfassung geleistet. Sein eidlaches Gelöbnis hat ihn nicht davon abgehalten, in der Zeit des Kapp-Putsch in seinem Kreise eine Verordnung Kapps zu verbreiten, in der die Herstellung und die Befolgung von Verordnungen oder Anordnungen „der ehemaligen Regierung Ebert-Bauer“ bei Strafe unterlag wurde. Jedes Kind mußte damals, daß Kapp mit Gewalt die Weimarer Verfassung zu beseitigen verfuhr hatte. Der Inhalt der von Herrn von Reudell veröffentlichten Verordnung ließ diese Tatsache auch deutlich erkennen. Trotzdem bekam Herr von Reudell es fertig, zu seiner Entschuldigung den Reichstagsmarsch im Reichstag erklären zu lassen, daß ihm vor dem Kapp-Putsch irgendwelche Nachrichten über einen unmittelbar bevorstehenden Umsturz nicht zugegangen waren, und daß es ihm unmöglich gewesen sei, zuverlässige Nachrichten über das tatsächliche Schicksal der Regierung Bauer zu erhalten. Man sieht, daß diese Verteidigung einer Berufung auf den Schutz des § 51 Reichs-G. gleichkommt, die Herr Marx vorzutragen keine Bedenken hatte, wohl weil er seinen Klienten fante. Diesem Debut des Herrn von Reudell reichten sich seine übrigen Amtshandlungen würdig an. Unter Berufung auf den bedeutenden Staatsrechtslehrer Anschütz behauptete er eines Tages im Reichstag, daß die deutschen Länder unter der Weimarer Verfassung ihre Souveränität behalten hätten. Anschütz wies ihm nach, daß er an der von Herrn von Reudell zitierten Stelle das gerade Gegenteil gesagt habe. Herr von Reudell war mit der gesamten deutschnationalen Fraktion bereit, einer Annahme keine Zustimmung zu geben, die nicht nur den Erlass aller für politische Straftaten ausgeworfenen Strafen, sondern auch die Einstellung aller nicht erledigten Strafverfahren wegen politischer Delikte bestimmen sollte. Und kurze Zeit danach mutete er den Länderreorganisationen zu, die selben Handlungen, die ihm so unerheblich erschienen, daß er auf ihre Abhandlung zu verzichten bereit war, zum Anlaß der Unterbrechung des Reichskriegsverbandes zu nehmen. Bei allem, was der Mann tat, hatte man den Eindruck, daß er zwei linke Hände habe. Wenn die Deutschnationalen das Schulgesetz zu Falle bringen wollten, taten sie gut daran, es ihm anzuvertrauen. Seiner Ungeheuerlichkeit ist das Scheitern des Entwurfes zu danken. Nur eines verstand er: zuverlässige Republikaner aus seinem Ministerium zu entfernen und sie zum Zwecke des besseren Schutzes der Republik durch wackelnde Monarchisten zu ersetzen.

So sehen die Fachminister der Deutschnationalen aus! Dabei sprich ihre Präsentation dafür, daß sie noch die besten waren, die die Fraktion vorschlugen in der Lage gewesen ist. Herr von Reudell hat auf einer Tagung seiner Partei keinen Zuhörer erzählt, daß er und seine Kollegen im Reichskabinett mehr seien als sie schienen. Man möchte wünschen, daß diese Versicherung der Wahrheit entspreche. Denn wenn die vier Herren das sind, als was sie erscheinen, kann man ihnen den Ausdruck tiefsten Mitleids nicht vorenthalten.

## Kirche und Wahlen.

### Ein Konflikt im badischen Alerus.

Die Christlich-sozialen Reichspartei, die von Vitus Heller geführt wird, hat für Baden den katholischen Pfarrer August Lehmann als Spitzenkandidaten aufgestellt. Lehmann bekämpft ähnlich wie sein Kollege Kaiser, dem vom Erzbischof in Freiburg das Reden außerhalb seines Wohnortes verboten worden ist, die Politik des Zentrums mit äußerster Schärfe. Das Gros der katholischen Geistlichen und insbesondere der Erzbischof von Freiburg stehen deshalb gegen ihn. Dieser Tage hat Lehmann nun einen Brief des erzbischöflichen Ordinariats mit einer schweren Rüge erhalten. Er hat es vor seiner Auffassung als Reichstagskandidat „verabzäumt“, die Erlaubnis des Erzbischofs von Freiburg eingeholt. Aus diesem Grunde wird ihm eine Verletzung des kirchlichen Rechtsbuches vorgeworfen. Der Brief des erzbischöflichen Ordinariats schließt: „Der Herr Erzbischof ist außerstande, Ihnen die Erlaubnis zur Kandidatur zu erteilen, weil Sie die Ausübung eines Reichstagsmandates erforderlichen Signifikanten nicht besitzen.“

Das muß sich ein katholischer Pfarrer gefallen lassen, der zweiundfünfzig Jahre alt ist und seit fünfundsiebzig Jahren in den Diensten der katholischen Kirche steht. Seiner Kandidatur für das Zentrum hätte sicherlich selbst von dem Herrn Erzbischof aus, nichts im Wege gestanden. Insofern bedeutet der Brief des erzbischöflichen Ordinariats nichts anderes als einen Versuch, mit verwerflichen Mitteln die Kandidatur für eine dem Zentrum geneigte Partei unmöglich zu machen. Wie verhalten sich Pfarrer Lehmann trotzdem kandidieren.

Abgesehen davon, hat die Geschichte noch einen Haken. Das von der Freiburger Kurie angeführte Rechtsbuch steht zweifellos im

Widerspruch zur Reichsverfassung. Ein Erzbischof hat nicht das Recht, einem Staatsbürger die Ausübung eines Reichstagsmandats zu verbieten.

## Der Ueber-Domela.

### Der Kronprinzensohn als Saalschuh und Flugblattverteiler.

München, 15. Mai. (Eigenbericht.)

In München sprach am Dienstagabend Bettow-Borbed in einer Wählerversammlung. Saal und Redner waren schwarz-weißrot dekoriert. Eine besondere Attraktion bildete der durch Domela berühmte gewordene älteste Sohn des Kronprinzen, den uns die Monarchisten als künftigen deutschen Kaiser zu befehlen gedenken. Da der junge Wilhelm nicht im Heere dienen kann, betätigt er sich jetzt bei den Deutschnationalen. Als sogenannter Saalschuhmann stand der künftige Monarch mit schwarz-weißroter Armbrunde im Versammlungsraum und verteilte Flugblätter.

Der Kaiser spendet Preise für Sechstagerrennen und der Kaiser verteilt deutschnationalen Flugblätter — ein Hohenzoller ist immer würdiger als der andere!

## Die Revue lebt auf.

Marcus Schiffer bringt die Revue wieder auf die Beine, die inzwischen schlafen gegangen war. Sein Spiel im Warenhaus „Es liegt in der Luft“, von Foster Parry mit Schwung und Schick hingelagt, ist das wichtigste und spritzigste, was seit Jahren an Unterhaltungstheater herausgekommen ist. Dazu eine fortwährende Musik mit hübschem Rhythmus von Wischa Spoliansky — ein ganz großer Erfolg.

## Kommunisten untereinander.

Vom sterbenden Leninbund.

Der „Leninbund“, die Organisation der Linkskommunisten, ist in voller Auflösung. Nach Ruth Fischer, Maslow und Schalem kapituliert Urbahns. Die letzten Linientreuer in Suhl erklären unwirksam, daß sie dann selbstverständlich ihre Kandidaturen für den 20. Mai nicht aufrechterhalten können.

In den letzten Nummern des Suhler „Volkswillen“ schreien sie noch einmal ihre Beschuldigungen gegen die KPD. heraus:

I. Bericht von R. Glowna, Weiskammer, D.L., an die Berliner KPD-Bezirksleitung: „Ich stelle hiermit fest, daß die Bezirksleitung Berlin-Brandenburg als Vertreterin der Partei feige ist, weil sie meine Kritik nicht zu widerlegen wagte und das von mir seit zwei Jahren geforderte Einschreiten auf Grund des Parteistatuts gegen korrupte Elemente in Deutschland und in Rußland, die politisch den Kurs der KPD hervorragend mitbestimmen, verweigerte. Sie beweist damit, daß sie sich ihr Verhalten von einigen widerlichen, korrupten Elementen, die die Partei tausendfach schädigten, nachschreiben läßt, daß sie zu feige ist, diesen traurigen Gesellen entgegenzutreten. Sie begibt sich damit selbst in eine Einheitsfront mit Dieben und notorischen Lügner.“

II. Fragen der Opposition aus dem Hamburger Bezirk:

1. Der Gauleiter Andree war früher Vorsitzender des Bezirkskomitees. Es verschwanden damals 180 M., es wurde den Parteimitgliedern verboten, in der E-Fraktion darüber zu sprechen, wo sind die geblieben?

2. Daß Reutnant Dengel 1923 die Hosen voll machte und von einem Arbeitergericht, von dem Thälmann wegen schwacher Korden freigesprochen wurde, haben wir schon berichtet.

3. Aber der Transportarbeiter Thälmann, will der den Arbeitern die Frage nicht beantworten, wo er 1923 war? Er spielt sich doch als der Führer des Oktobers 1923 auf. Er lag bei Laufen im Stadtpark und hat dafür von einem Barrikadenkämpfer ein paar in die Presse bekommen.

4. Der Freund Thälmanns, der jetzige Organisationssekretär John Scheer, stellte 1923 sein Gewehr, anstatt auf die Barrikade zu steigen, in einen Torweg und ging nach Hause.“

Die Leute vom Leninbund gehen unter. Noch einmal zeigen sie, wie es in der KPD aussieht — dann werden sie wieder in das Schweigen des Kadavergehörns zurückgeführt.

Es gibt nur ein Mittel, aus dem Sumpf der KPD herauszukommen — der Weg zur Partei der deutschen Arbeiterklasse, zur Sozialdemokratie!

## Moskauer Geschichtsfälschung.

Nach der „Prawda“ haben die Kommunisten den französischen Sozialisten geholfen!!

Paris, 15. Mai. (Eigenbericht.)

In der Moskauer „Prawda“ war dieser Tage zu lesen: „Die Kommunisten sind es gewesen, die den französischen Sozialisten zu ihrem Erfolge verholfen haben. In etwa 50 Wahlkreisen — so lautet die Sammelagentur weiter — verdanken die Sozialisten ihren Wahlsieg allein den kommunistischen Stimmen, die ihnen gemäß den Beschlüssen der Parteileitung (!) zuzustimmen, während kein einziger sozialistischer Kandidat zugunsten der Kommunisten zurücktreten wollte.“

Léon Blum bemerkt am Dienstag im „Populaire“ zu dieser unansehnlichen Verdrehung der Tatsachen, das einzig Wahre daran sei, daß in einigen wenigen Wahlkreisen den sozialistischen Kandidaten die Stimmen von Kommunisten zugute gekommen seien, die, über die Taktik der kommunistischen Parteileitung empört, sich

um den Befehl Moskaus nicht gekümmert

hätten. In Wahrheit, so stellt Léon Blum fest, hat das kalte Blutes ins Werk gesetzte kommunistische Manöver zur Folge gehabt, daß der Sozialismus in wenigstens 30 Wahlkreisen von der Reaktion geschlagen wurde. In einigen Arrondissements hätten die Kommunisten sogar für den reaktionären Kandidaten gestimmt, um die Niederlage der Sozialisten zu besiegeln. „Wenn man heute — so schließt Léon Blum — in Moskau diese Tatsachen in das gerade Gegenteil umkehrt, so nur, weil die Folgen der eigenen Handlungsweise die Moskauer Kommunisten zu alarmieren beginnen.“

## Kriminalpolizisten verhaftet!

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat die GPU in Smolensk 29 Kriminalpolizisten verhaftet. Die Verhafteten sollen einige Millionen Rubel veruntreut haben.

## Der Prozeß um Gädede.

Der Stahlhelmer sagt aus.

Stettin, 15. Mai. (Eigenbericht.)

In dem Prozeß gegen Klaproth, Schulz und Hein wegen Mordversuchs an dem Feldwebel Gädede wurde am Dienstag zunächst der Zeuge Wäulenbeger Neumann, damals Verpflanzungskommissar der Schwarzen Reichswehr, vernommen. Er sagt aus, Schulz habe an dem fraglichen Tage sein Auto zur Fahrt nach Fort Tchernow bestellt. Neumann habe auch mehrere Offiziere dorthin gefahren. Er will sich aber nicht mehr erinnern können, ob Schulz dabei gewesen ist. Vor dem Untersuchungsrichter hat Neumann jedoch beschworen, Schulz an dem fraglichen Tage in Fort Tchernow gesehen zu haben. Diese eblliche Aussage will Neumann nicht mehr aufrechterhalten. Er vertritt sich hinter allerlei Ausflüchten. Der Angeklagte Schulz mißt sich des Bitteren in die Bernehmung Neumanns ein und behauptet, daß dieser bei seinen ersten belastenden Aussagen die Zeilbegriffe verwechselt habe. Der Oberstaatsanwalt stellt an Neumann, der Mitglied des Stahlhelms ist, die Frage, ob er sich durch den Aufruf in der Stahlhelmszeitung, der zur Unterstützung des Angeklagten Schulz aufrief, beeinträchtigt fühle. Neumann verneint diese Frage.

Der Zeuge Wäulenbeger, Wächter auf Fort Tchernow, sagt aus, daß er Schulz am Tage des Mordversuchs nicht im Fort Tchernow gesehen habe. Das eingehende Kreuzverhör des Zeugen begünstigt Neumanns Satz mit schwebeligen Wäulen, wie die Verteidigung überhaupt bemüht ist, durch allerlei Geplänkel dem Gericht und Untersuchungsbehörde fortwährend Schwierigkeiten zu bereiten.

Zeuge Landgerichtsdirektor Brauns, der seinerzeit die Voruntersuchung leitete, bekundet, daß Neumann mit aller Sicherheit eidlich vor ihm ausgesagt habe, Oberleutnant Schulz am Tage des Mordversuchs im Fort Tchernow gesehen zu haben.

## Was ist Verrat?



Der Kommunist: „Sib nur auf mich acht! Ich werde Dir genau auseinandersehen, was Verrat ist!“

## Rationalisierung und Arbeitslosigkeit.

Arbeitervorschläge in Genf.

Genf, 15. Mai. (Eigenbericht.)

In der Generaldebatte des völkerverbündlichen Wirtschaftsrats nahm der französische Gewerkschaftsführer Jouhaux in kritischer Weise zu den Auswirkungen der Weltwirtschaftskonferenz und der gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Situation Stellung. Er führte u. a. aus:

Die uns überreichten Dokumente und die Ausführungen des Präsidenten zeigen, daß seit der Weltwirtschaftskonferenz gewiß etwas getan und einige Resultate erzielt worden sind, über die man sich freuen kann. Aber unglücklicherweise hat man nicht viel Grund, sich zu freuen, und es ist unsere Aufgabe, hier festzustellen, warum wir nicht zufrieden sein können. Es ergibt sich aus den Dokumenten, daß einige praktische Maßnahmen von Staaten auf dem Gebiet der Zollpolitik und in der Anwendung der Zolltarife in direktem Widerspruch zu den Entscheidungen der Weltwirtschaftskonferenz stehen. Es werden verhängnisvolle Praktiken aufrechterhalten und in einigen Fällen ist man sogar zu Praktiken, die die Weltwirtschaftskonferenz verurteilt hat, zurückgekehrt. Gewiß hat die Handelsbilanz Europas sich gebessert. Aber kann man das von der allgemeinen wirtschaftlichen Situation Europas sagen? Kann man eine Verbesserung der Kaufkraft der Verbraucher konstatieren, die die Konferenz als ein wichtiges Element und eine Basis des Aufschwunges betrachtet hat? Man muß mit Nein antworten. Hat sich die Arbeitslosigkeit in der Welt im allgemeinen und in Europa im besonderen vermindert? Die letzten Statistiken konstatieren, daß für Deutschland die Zahl der einbeschriebenen Arbeitslosen, die Ende März v. J. 1.121.000 war, Ende Februar d. J. 1.287.000 betrug. In England gab es im März v. J. 1.187.000 Arbeitslose und im Februar d. J. 1.127.000. In Italien sind die entsprechenden Ziffern 290.000 und 487.000, in Polen 205.000 und 177.000, in Rußland 1.290.000 und 1.350.000. Man muß weiter berücksichtigen, daß sich in den Vereinigten Staaten ernsthafte Arbeitslosigkeit ankündigt. Also kein Grund zu reiner Freude!

zweifellos noch vorhandene Krankheit des internationalen Wirtschaftskörpers

zu heilen, müssen wir die Arbeiten der Weltwirtschaftskonferenz fort-

setzen. Wir Arbeiter sind entschlossen, im Wirtschaftsrat mitzuarbeiten, um ein besseres Zusammenwirken der Weltwirtschaft zu erreichen, das der Welt im allgemeinen und Europa im besonderen Arbeitsmöglichkeiten und Entwicklungsmöglichkeiten schafft. Aber neben Tatsachen wie dem deutsch-französischen Handelsvertrag, die als gutes Zeichen zu werten sind, gibt es auch Dinge, die die Arbeit der Konferenz zu vernichten drohen. Man hat viel davon gesprochen, die öffentliche Meinung gegen die widerwilligen Regierungen zu mobilisieren. Aber wenn wir der öffentlichen Meinung keine festen und martianen Ziele geben, werden wir sie nie mit uns bekommen. Als man 1921 begann, die Möglichkeiten einer Abrüstung zu untersuchen, begann man zugleich mit der Untersuchung technischer Einzelheiten und heute betrachtet die Sachleute diese Materie als etwas, worin sich der Vate nicht mehr zurechtfindet. Das hat dazu geführt, daß es heute der Abrüstungskommission selbst nicht möglich ist, sich aus dem Labyrinth herauszufinden, in das sie durch ihre Arbeiten geraten ist und eine kraftvolle internationale Abrüstungskonvention auszuwerfen. Ich warne daher, die Zollfragen auf diese Art zu behandeln.

Die Spekulation hat die industriellen Werte in die Höhe getrieben, aber die Rationalisierung hat nicht die notwendige Erhöhung der Kaufkraft der Bevölkerung mit sich gebracht, die ihr allein eine gesunde Basis gibt. Wir wissen noch nicht, welche Erfolge die Rationalisierung auf sozialem Gebiete haben wird. Es ist Zeit, daß die Wirtschaftsorganisation des Völkerverbundes hier eingreift. — Jouhaux machte schließlich folgende

Vorschläge im Namen der Arbeitergruppe:

1. In Ausführung der Resolutionen der Weltwirtschaftskonferenz beschließt der Wirtschaftsrat durch die Wirtschaftsorganisation eine Enquete über die Höhe der Zolltarife vorzunehmen.
2. Die Wirtschaftsfektion des Völkerverbundes sekretariats, das Internationale Arbeitsamt und das Internationale Rationalisierungsamt werden mit einer gemeinsamen Enquete über die Rationalisierung und ihre technischen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen beauftragt.
3. Eine neue Enquete über die internationalen Kartelle, Trusts und ihre Wirkungen ist zu veranstalten.

## Oberhaus einstimmig für Antikriegspakt

Die Regierung wird ersucht, dem Kellogg-Plan zuzustimmen.

London, 15. Mai.

Im Oberhaus wurde die Resolution Lord Readings, die den Kellogg-Vorschlag zur Nechtung des Krieges warm begrüßt und die englische Regierung ersucht, den Prinzipien des Vorschlags zuzustimmen, einstimmig angenommen.

## Wann kommt die Frankenstabilisierung?

Widerspruchsvolle Gerüchte.

Paris, 15. Mai. (Eigenbericht.)

Die von der Pariser Presse wiedergegebenen Gerüchte über eine bevorstehende legale Stabilisierung des Franken eisen, wie wir von gut unterrichteter Seite erfahren, den Tatsachen weit voraus. Poincaré befindet sich seit über einer Woche in Urlaub. Die französische Regierung hat unter diesen Umständen nicht einmal Gelegenheit gehabt, sich mit der für die ganze französische Wirtschaft außerordentlich wichtigen Frage zu beschäftigen, geschweige denn, Beschlüsse zu fassen. Wenn in den Finanz- und Börsenkreisen trotzdem versichert wird, daß der Abschluß der Währungsanleihe unter allen Umständen noch vor den im Juli beginnenden Parlamentsferien zu erwarten sei, geschieht das offenbar auf Grund der Tatsache, daß nach dem Erfolge der Anleihe der endgültigen Stabilisierung keinerlei technische Hindernisse mehr im Wege stehen. Dagegen wird in der Umgebung Poincarés erklärt, der Ministerpräsident halte nach wie vor an der Auffassung fest, daß zu den unerlässlichen Voraussetzungen der Stabilisierung u. a. auch die Regelung der französischen Auslandschulden gehört, die frühestens nach den amerikanischen Wahlen zu erwarten sei.

## Der Lockspindel als Belastungszeuge.

Sind das Frankreichs Regierungsmethoden?

Im Kolmarer Autonomistenprozeß wurde gestern zunächst die Vernehmung des Polizeinspektors Bockler zu Ende geführt, der die Existenz von Beziehungen auch geldlicher Art zwischen dem Heimatbund und dem Wissenschaftlichen Institut der Wissenschaftler im Reich bei der Universität Straßburg behauptete. Der Zeuge erklärte, Autonomismus und Separatismus seien dasselbe.

Dann wurde als Belastungszeuge ein Lockspindel überster Art namens Riechl vernommen und trotz des Protestes der Verteidigung verurteilt. Riechl hatte, wie er selbst zugibt, sich in das Vertrauen der Führer des Autonomismus dadurch eingelassen, daß er an sie Briefe schrieb, die von Beschimpfungen Frankreichs trugten.

## Deutsch-französischer Kinderaustausch.

Bereits 750 Anmeldungen zu den Ferien.

Paris, 14. Mai. (Eigenbericht.)

Der Ferienkinderaustausch zwischen Deutschland und Frankreich verpricht dieses Jahr besonders ausgedehnt zu werden. Von deutscher Seite liegen, wie der „Paris Soir“ zu melden weiß, bereits über 500 Anmeldungen vor, auf französischer Seite etwa 250. Interessant ist die Feststellung, daß ungefähr ein Drittel der Schüler, die ihre Ferien in Nachbarland verbringen wollen, Kinder von Schullehrern sind. Man nimmt an, daß bis zum Schluß der Weiderei die Zahl der Teilnehmer sich noch erheblich erhöhen wird.

Wollen wir Guatemala gleichsetzen? Die Parlamentsmehrheit in Guatemala hat eine Regierungsvorlage auf Abschaffung der Todesstrafe abgelehnt.





## Neues Stadtviertel an der Hauptstraße.

Zwischen zwei Bahnlinien, der Wannseebahn und der Ringbahn, ist in unmittelbarer Nähe der Hauptstraße in Schöneberg innerhalb weniger Jahre ein neues Stadtviertel entstanden, dessen moderne Wohnbauten von der dörflichen Vergangenheit Schönebergs nichts mehr ahnen lassen. Da liegen die „Cäcilien-gärten“ mit ihren prächtigen Grünanlagen, da reihen sich in der Rubensstraße schier endlos lichte, freundliche Wohnbauten, in weißen und gelben Farben gehalten, die trotz der Wiederholung desselben Bauplans kaum langweilig wirken und in angenehmer Weise abwechseln von den verräucherteren Hinterhöfen der Ebersstraße. Parallel zur Rubensstraße läuft eine der neuesten Straßen Berlins, die Gisastraße. Sie bildet die Verlängerung der Jans-Drucker Straße, beginnt am Viadukt der Ringbahn, wenige Schritte vom Untergrundbahnhof Hauptstraße, und endigt an der Baumeisterstraße, am Dammbau der Wannseebahn. Rund 400 Wohnungen sind zu beiden Seiten der Gisastraße teils geschaffen, teils im Entstehen begriffen. Der Block auf der Ostseite, der Oktober 1926 begonnen wurde, ist fertiggestellt und bereits bezogen. Er enthält 161 Wohnungen, in der Hauptsache 2½-Zimmer-Wohnungen, deren Miete 60 M. pro Monat beträgt. Um die Miete so niedrig stellen zu können, wurde von der Einrichtung einer Zentralheizung und eines Fahrstuhls abgesehen. Die architektonische Lösung der Aufgabe, diesen riesigen Bautkomplex zu gliedern, ist gut gelungen. Wichtige, fünf Stock hohe turmartige Bauten an beiden Enden freigern die lange Frontlinie zu mächtiger Geschlossenheit. Als Licht- und Luftfänge gedachte, in rechten Winkeln vorspringende Glas-erker beleben die etwa 100 Meter lange Front; von diesen Glas-erker hat man eine bequeme Möglichkeit, die ganze Straße nach beiden Seiten zu beobachten. Eine Neuerung, die von vielen Müttern begrüßt wird, stellt das Kindertagesheim dar, das an der Ostseite angebaut und vom Pestalozzi-Fröbelhaus aus be-trieben wird. 100 Kinder werden hier tagsüber beschäftigt, be-kommen ihre Mahlzeiten unter Aufsicht ausgebildeter Hortnerinnen. Später sollen noch Spielplätze auf dem Terrain des städtischen Fried-hofes, der hier angrenzt, geschaffen werden.

Auf der anderen Seite der breiten Gisastraße, die in der Mitte zwischen den Fahrdrämen Rasenanlagen mit doppelten Baumreihen schmücken, erheben sich die erst zum Teil fertigen Bauten der Westseite für 234 Wohnungen, mit 2, 3 und

3½ Zimmern. Zum Unterschied von der Ostseite erhält die Westseite Zentralheizung und Laubenanbauten nach der Hofseite. Breite Grünflächen, mit Rosen- und Ligusterhecken, steigen allmählich zu den Laubeneingängen an. Auch die Eingänge zu den Kellern liegen nach der Straße zu. In der Mitte der Westseite, nach der Träger-straße zu, wird ein Lehrlingsheim für 15 Lehrlinge ein-gerichtet, deren Eltern außerhalb Berlins wohnen. Sie werden von einem Pfleger aus dem Pestalozzi-Fröbelhaus betreut. Grünflächen und Spielplätze für Kinder werden den Raum bis zur Rubensstraße füllen. Bei sämtlichen Bauten wurde mit einfachen Mitteln eine gute Wirkung erzielt: Roter Porphyrgips bei den Wandflächen, Borfahbeton mit Muschelkalk bei den Konstruktionsteilen. Die Ent-würfe stammen von Professor Löffler, Bauherr ist die Gemeinnützige Baugesellschaft Berlin-Heerstraße, ausführende Firma die Berlinische Boden-Gesellschaft. Bis Februar 1929 sollen sämtliche Wohnungen bezogen sein.

### Der tote Pferdehändler.

Ein Raubmord nach 8 Jahren aufgeklärt.

Unter verdächtigen Umständen wurde im Jahre 1920 der Landwirt und Pferdehändler Wilhelm Krause aus Bräslow (Mark Brandenburg) in der Nähe des Ortes am Ufer eines Sees tot aufgefunden. Es hatte den Anschein, als ob die Welle keine Leiche angefüllt hätte. 2000 Mark, die Krause am Tage vorher in einem Lokal noch bei sich gehabt hatte, fehlten. Dieser Umstand, Verletzungen am Kopf der Leiche und einige Kampfspuren in der Nähe des Sees ließen auf ein Verbrechen, einen Raubmord, schließen. Die damals angestellten Ermittlungen blieben jedoch ergebnislos, das Verbrechen wurde eingestellt.

Vor einigen Monaten tauchten nun in Bräslow neue Verdachts-momente auf. Das Gerücht, daß der Mörder im Dorfe selbst zu suchen sei, belebte sich und wollte nicht verstummen. Auf Veran-lassung der Staatsanwaltschaft Prenzlau entsandte jetzt die Landestrininalpolizeistelle Berlin den Kriminalassistenten Zimmer-mann nach Bräslow. Dielem gelang es, das Verbrechen aufzu-klären. Er sammelte so viel Beweismaterial gegen einen 50 Jahre alten Rechtskonsulenten Erich Jastraw und einen 31 Jahre alten Arbeiter Alfred Ried, die beide in Bräslow wohnen, daß sie unter

dem dringenden Verdacht der Täterschaft festgenommen und überführt wurden. Jastraw hat jetzt ein Geständnis abgelegt, während Ried seine Teilnahme noch bestreitet. Die Beiden waren am Vor-abend mit Krause im Dorfzug und zechten mit ihm. Sie blieben nüchtern, während Krause schließlich angetrunken war. Arm in Arm verließen endlich alle drei den Krug und gingen nach dem See zu. Plötzlich nahm Jastraw seinen schweren Eisenstock und perforte Krause einen wuchtigen Hieb ins Genick. Er schlug hinter-rücks zu, weil er sich anders an den sehr kräftigen Mann nicht heran-traute. Krause brach zusammen, wurde seiner Barthaft be-raubt und in den See gemworfen. Der Wind trieb die Leiche dicht ans Ufer heran. Frau Jastraw, zu der Krause in engeren Be-ziehungen stand, war den drei Männern nachgegangen. Als sie sah, daß ihr Mann auf den Pferdehändler einschlug, wandte sie sich um und ging nach Hause. Jastraw selbst erzählte ihr später, was vor-gefallen war. Er und Ried wurden in Untersuchungshaft genommen, während die Frau auf freiem Fuße blieb.

### Die Frau erdroffelt.

Selbstmordversuch des Täters.

Im Hause Sidlingenstraße 4 wurde gestern nach-mittag eine furchtbare Ehe tragödie aufgedeckt. In seiner Wohnung wurde der 46jährige Reisende Albert Streich-han und seine 43jährige Frau Gertrud durch Gas vergiftet bewußlos aufgefunden. Die Wiederbelebungsoeffnungen der Feuerwehr waren nur bei dem Mann von Erfolg. Der Arzt, der den Tod der Frau fest-stellte, nahm am Hals verdächtige Würgemale wahr und kam zu dem überraschenden Ergebnis, daß sie den Tod nicht durch die Gaseinwirkung, sondern durch Erdroffeln ge-funden haben mußte. Streichhan wurde daraufhin als Polizeigefangener ins Staatskrankenhaus gebracht.

Das Ehepaar Streichhan bewohnt seit vielen Jahren im dritten Stockwerk des Vorderhauses Sidlingenstraße 4 eine aus zwei Stuben und Küche bestehende Wohnung. Der Mann war von Beruf Stadt-reisender. In letzter Zeit waren die Einkünfte sehr gering, so daß sich wirtschaftliche Sorgen einstellten; deshalb kam es zwischen beiden häufig zu erregten Auseinander-setzungen.

In den gestrigen frühen Nachmittagsstunden bemerkten Haus-bewohner auf dem Treppenhof starken Gasgeruch, der aus der Wohnung der Streichhan drang. Als auf Klopfen nicht ge-öffnet wurde, schloß man Verdacht und benachrichtigte den Ver-walter des Hauses, der die Wohnungstür öffnete. Den Eintreten-den bot sich ein erschütternder Anblick. In der völlig mit Gas er-füllten Küche lag Streichhan mit dem Gasfluche im Rande bewußlos auf dem Fußboden. In dem angrenzenden Schlafzimmer wurde die Frau Streichhan im Bett liegend leblos aufgefunden.

Inzwischen war die Feuerwehr und der Arzt der Rettungsstelle 32 gerufen worden, die sich um die Leblosen bemühten. Die Wiederbelebungsoeffnungen mit Sauerstoff waren bei dem Mann nach langwierigen Bemühungen auch erfolgreich. Dagegen konnte der Arzt bei der Frau nur noch den Tod fest-stellen. Bei der näheren Untersuchung der Toten bemerkte der Arzt am Hals Würgemale und Arahwunden. Jetzt kam der Verdacht auf, daß Frau Streichhan einen gewaltsamen Tod gefunden hatte und von ihrem Mann erwürgt worden war. Die Kriminalpolizei und Nordkommission wurde daraufhin verständigt. Es wurde dann ein-wandfrei festgestellt, daß die Unglückliche von ihrem Mann vermutlich im Schlaf erdroffelt worden ist. Als der Täter sah, was er an-gerichtet hatte, drehte er die Gasähne auf, um seiner Frau in den Tod zu folgen.

Das Befinden Streichhans, der als Polizeigefangener in das Staatskrankenhaus übergeführt wurde, ist ernst, doch besteht keine Lebensgefahr mehr. Seine Vernehmung war aus diesem Grunde bisher auch noch nicht möglich. Deshalb konnten auch Einzelheiten, insbesondere die Ursache über den Gattenmord, der wahrscheinlich schon in der Nacht vom Montag zum Dienstag verübt worden ist, noch nicht geklärt werden.

## 16) Jack London: Wolfsblut.

Dann kam eine Zeit, wo das graue Wölflin den Vater in der Wand nicht mehr erscheinen und verschwinden sah, wo er sich nicht mehr am Eingange zum Schloße nieder-legte. Dies geschah am Ende einer zweiten, doch weniger harten Hungersnot. Die Wölfin wußte, warum Einauge nicht zurückgekommen sei, allein wie sollte sie das, was sie gesehen hatte, dem grauen Jungen mitteilen? Denn als sie selber die linke Gabel des Flusses nach Beute hinauf-gegangen war, da hatte sie dort, wo die Luchsin wohnte, Einauges einen Tag alte Spur gefunden und am Ende der-selben alles, was von ihm übrig war. Es waren da noch viele Zeichen des Kampfes, der ausgefochten worden war, und des Rückzuges der Luchsin in ihr Lager nach ge-wonnenem Siege, vorhanden. Bevor die Wölfin umkehrte, hatte sie dies Lager gefunden, aber es waren sichere An-zeichen da, daß die Luchsin drinnen sei, und so hatte sie sich nicht hineingewagt.

Danach vermied die Wölfin den linken Flußarm auf ihren Jagdzügen. Sie wußte wohl, daß in dem Lager der Luchsin Junge wären, und sie kannte jene als ein starkes, heimtückisches Geschöpf und als eine tüchtige Streikkraft. Zwar hätten ein halb Duzend Wölfe einen fauchenden Luchs vor sich her auf einen Baum hinauftreiben können, doch für einen Wolf allein war es eine gefährliche Sache, es mit einer Luchsin aufzunehmen, die Junge hatte.

Aber Widnis heißt Widnis, und die Mutterliebe bleibt die schützende, verteidigende Liebe, ob in der Widnis oder außerhalb derselben, und es sollte eine Zeit kommen, wo die Wölfin sich um des grauen Jungen willen auch den linken Flußarm hinaufwagen und dem Lager in den Felsen und dem Gorn der Luchsin Trost bieten sollte.

### 4. Die Wand der Außenwelt.

Um die Zeit, da die Mutter anfing, zu ihren Jagdzügen die Höhle zu verlassen, hatte das graue Junge sich das Ver-hot, den Eingang zu meiden, wohl gemerkt. Nicht nur war ihm daselbe von der mütterlichen Nase und Note häufig nachdrücklich eingeschärft worden, sondern in ihm hatte sich auch der Instinkt der Furcht entwickelt. Allerdings war in seinem kurzen Leben in der Höhle nie etwas passiert, was

ihm Furcht eingejagt hätte, dennoch war das Gefühl da, war ihm von Tausenden seiner Vorfahren vererbt worden. Direkt war es Erbschaft von Einauge und der Wölfin, allein sie hatten es von all den Generationen von Wölfen geerbt, die vor ihnen gelebt hatten. Furcht — das Erbe der Widnis, dem kein Geschöpf entgeht —, kann nicht für ein Gericht Linjen veräußert werden.

So also kannte das Graue die Furcht, ohne zu wissen, was dieselbe eigentlich bedeute. Möglicherweise sah es die-selbe als eine Schranke des Lebens an, denn es hatte schon gelernt, daß es solche Schranken gäbe. Es kannte den un-gefüllten Hunger, die Härte der Höhlenwand, den derben Stoß der mütterlichen Nase, den hurtigen Schlag ihrer Pfote, — all das hatte ihm gezeigt, daß nicht alles in der Welt Freiheit sei, sondern daß es im Leben Hemmnisse gäbe. Diese Hemmnisse waren für ihn Gesetze; war man diesen gehorham, so entging man der Strafe und war glück-lich. Nicht daß es sich das wie ein Mensch überlegt hätte, son-dern es teilte die Dinge in solche ein, die wehe taten, und in solche, die angenehm wären, und danach vermied es die einen, um die Annehmlichkeiten der anderen zu genießen.

So kam es, daß es, dem Gebot der Mutter und dem Ge-feh jenes geheimnisvollen Schreznisses, der Furcht, ge-horham sich von dem Eingang der Höhle fern hielt. Diese blieb für ihn die weiße, lichte Wand. War die Mutter ab-wesend, so schlief es die meiste Zeit, und in den Zwischen-zeiten verhielt es sich ruhig, indem es den Riegel im Halse unterdrückte, der sich in winselnden Tönen Luft machen wollte.

Als es so einsam machend dalag, hörte es in der weißen Wand einen seltsamen Ton. Es wußte nicht, daß ein Biel-straß draußen stünde und zitternd ob der eigenen Kühnheit vorsichtig den Inhalt der Höhle beschnupperte. Das Wölflin wußte nur, daß der Ton seltsam klang wie etwas, was es noch nie gehört hätte und darum war es für ihn voller Schrecken, denn das Unbekannte vor allem stößt ihm Furcht ein.

Das Haar auf seinem Rücken richtete sich lautlos empor. Was wußte es davon, daß bei irgendeinem Ton sein Haar sich emporrichten sollte? Das war kein ange-borener Instinkt, nur der sichtbare Ausdruck der ihm inne-wohnenden Furcht, für die es in seinem Leben keine Er-klärung gab. Auch war die Furcht von einem weitem In-stinkt, dem, sich zu verbergen, begeistert. Das Wölflin

war außer sich vor Schreck, doch blieb es so regungslos und still, als ob es versteinert oder tot wäre. Als die Mutter heimkam, turnte sie, als sie die Spur des Bielstraßes fand. Sie eilte in die Höhle und legte und liebte ihr Junges voll ungewöhnlicher Zärtlichkeit, und dieses fühlte, daß es einer großen, unbekanntem Gefahr entgingen sei.

Aber noch andere Kräfte arbeiteten in dem jungen Wolfe, vor allem seine zunehmende Stärke. Instinkt und mütterliches Verbot verlangten von ihm Gehorham, aber sein Wachstum drängte ihn zum Ungehörham. Die Mutter und seine Furcht warnten ihn vor der weißen Wand, aber Wachst-um ist Leben, und das Leben strebt von jeher nach dem Lichte. Die wachsende Lebenskraft in ihm ließ sich nicht mehr eindämmen, sie stieg mit jedem Bissen, den es aß, mit jedem Atemzug, den es tat, und am Ende wurden Furcht und Gehorham eines Tages von dem Lebensdrange weg-ge-segt, und das Wölflin schritt wackelnd und breitbeinig dem Eingange zu.

Ungleich den andern Wänden, mit denen es bisher zu tun gehabt hatte, schien diese, als es ihr näher kam, vor ihm zurückzuweichen. Seine zarte, kleine Nase, als es die-selbe tastend vorstreckte, kam nicht mit einer harten Fläche in Berührung. Das Material, aus dem diese Wand ge-macht war, schien, ebenso wie das Licht, zurückzuweichen, auch konnte man durch dasselbe schreiten, und da in seinen Augen Substanz und scheinbare Form eins und dasselbe war, so trat es in das, was ihm als Wand erschien, hinein und badete sich gleichsam darin.

Es war höchst seltsam. Man konnte also durch feste Wände schreiten, wobei das Licht immer heller wurde. Dann riet ihm die Furcht dringend umzukehren, aber das drän-gende Leben in ihm trieb ihn vorwärts. Plötzlich befand es sich am Rande der Höhle. Die Wand, vor der es sich ge-wagt hatte, wich auf einmal in unermeßliche Ferne zurück. Das Licht wurde blendend hell, es tat seinen Augen wehe, und die schiefe Ausdehnung des Raumes machte ihn schwindlig. Nach und nach gewöhnten sich jedoch seine Augen an die Helligkeit und paßten sich der größeren Entfernung der Gegenstände an. Das erste, was ihm auffiel, war, daß nun die Wand so ungeheuer weit zurückgewichen war. Denn sie erschien jetzt wieder, aber merkwürdig weit entfernt. Auch war ihr Aussehen verändert. Sie war jetzt bunt. Bäume waren darauf, die einen Fluß umgaben, und über den Bäumen ein Berg und über dem Berge der Himmel.

(Fortsetzung folgt.)

# Geheimnisvolle Gasvergiftungen.

Drei Arbeiter erkrankt.

In einer Augustfabrik in der Wahnmannstraße erkrankten gestern mehrere Arbeiter und Arbeiterinnen unter geheimnisvollen Vergiftungserscheinungen. Drei von ihnen mußten in das Krankenhaus gebracht werden.

Der Unfall ereignete sich in einer Werkstatt, in der Gummiarbeiten vorgenommen werden. Inmitten ihrer Tätigkeit verloren plötzlich drei Beschäftigte die Besinnung und sanken zu Boden. Die Bewußtlosen wurden zur nächsten Rettungsstelle gebracht, wo der Arzt bei dem 23jährigen Arbeiter Erwin Klense aus der Blumenstr. 78, der 21jährigen Arbeiterin Erna Grimm aus der Lichtenberger Str. 15 und der 19jährigen Frieda Danzow aus der Androsstr. 41 schwere Gasvergiftungen feststellte und die sofortige Überführung in das Krankenhaus am Friedrichshagen anordnete. Die Erkrankten befinden sich außer Lebensgefahr.

Nach den bisherigen Feststellungen scheint eine Benzolgasvergiftung vorzuliegen. Die Benzolgas, die der Gummilösungsmasse entströmen, fanden wahrscheinlich nicht genügend Abzug und führten die Vergiftungen herbei.

# 2000 Meter „Ernährungsfilm“.

Ein gelungenes Wagnis.

Das medizinisch-kinematographische Universitätsinstitut, Berlin, Charlitz, hatte zur Befestigung eines Films geladen, den es im Auftrage der Ausstellung für die Ernährung „Die Ernährung“ aufgenommen hat. Vor der Vorführung des Films hielten die beiden Autoren, Professor Dr. Bidel und Ernst Degner, Vorträge, deren Inhalt hier wiedergegeben werden soll, da sie für die Beurteilung des Films wesentlich sind.

Professor Bidel sprach über die Bedeutung des Films für den Ausstellungsbesucher. Er führte aus: Wer ohne Vorkenntnisse die Ausstellung besucht, kann den logischen Gedankenbau, der dem Hauptteil der Ausstellung, nämlich dem wissenschaftlichen, zugrunde liegt, unmöglich verstehen. Er kann auch nicht die Fülle der Einzelheiten, die dort geboten werden, gedanklich richtig einordnen. Da sich der Film wie die ganze Ausstellung an das große Publikum wendet, das alle Stufen der Bildung umfaßt, so mußte die Darstellung der wissenschaftlichen Probleme an Vorstellungen und Gedankenansätze anknüpfen, die jedem geläufig sind. Diese Aufgabe erfüllt der wissenschaftliche Teil der Ausstellung kaum, da er mehr Kenntnisse voraussetzt, als man von dem Durchschnittsbesucher erwarten darf. Der Film schafft ihm die Möglichkeit. Er setzt ihn sofort in den Stand, bei unvollständiger Beschäftigung die Einzelheiten richtig aufzufassen. Allerdings verlangt der Film vom Zuschauer gespannteste Aufmerksamkeit und geistiges Nacharbeiten.

Der zweite Autor, Ernst Degner, der erste Assistent am Medizinisch-kinematographischen Universitätsinstitut, behandelte das Thema „Lehne und Methode des vollständigen Beirfilms“, wobei er sich mit der Frage des Beirfilms grundsätzlich auseinandersetzte. Daß der Beirfilm, so sagte er, noch nicht die Bedeutung erlangt hat, die er seinem Wesen nach verdient, hängt mit der merkwürdigen Frage zusammen, ob er eine Spielhandlung gestalten soll oder nicht. Der Kinobesucher verlangt gewöhnlich eine Spielhandlung. Er fürchtet, mit einem nur lehrhaften Film seine Stunden in das Theater der Konkurrenz zu treiben. Das ist eine nicht ganz verständliche Ansicht. Wir müssen aus der Schule, daß man die interessanteste Geschichte lehren erzählt und den trockensten Gegenstand fesseln gestaltet kann. Der Beirfilm soll ein breites Publikum über irgend ein Gebiet des exakten Wissens unterrichten. Allerdings war es ein Wagnis, einen über 2000 Meter langen, also abendfüllenden vollständig-wissenschaftlichen Film über ein so sprödes Gebiet wie Ernährungsphysiologie ohne unterhaltendes Beiwerk zu drehen. Für die Verfasser haben aber viele Bedenken bestanden. Der Film soll Kenntnisse vermitteln. Es ist den Bearbeitern gelungen, die ganze Ernährungslehre erschöpfend darzustellen, die einer bildlichen Gestaltung schwer zugänglich ist, weil es sich um Begriffe und um theoretische Gedankengänge handelt. Um den Film und damit die Ernährungslehre verständlich zu machen, haben die Bearbeiter ganz einfache, jedem geläufige Vergleiche gewählt. So ist etwa das Leben mit einer Flamme verglichen. Ein ganzer Teil des Films trägt den Titel: „Die Maschine des menschlichen Körpers“. Wir lernen aus dem Film, daß der Organismus die eingeführten Nahrungstoffe verbrennt, wie der Brennstoffbedarf nach Kalorien berechnet wird, daß ein mäßig arbeitender Mann pro Tag etwa 2500 Kalorien verbraucht. Wir erfahren ferner, daß außer Brennstoffen auch Wasser für den Körper nötig sind. Als Nährstoffe sind wir erlitten, daß auch die Genuß- und Ballaststoffe, die den Körper unterbaut wieder verfallen, wichtig sind. Wir werden über das fängliche Kind der Ernährungslehre, über die Vitamine, genau informiert. Der ausgezeichnete Film wird täglich zweimal, um 4 Uhr und um 7 Uhr, den Ausstellungsbesuchern kostenlos gezeigt. Die Ausstellungslitung sollte dafür Sorge tragen, was bisher leider nicht geschehen ist, den Besuchern offiziell die vorherige Beschäftigung des Films anzuraten.

# Sprit-Weber vor Gericht.

Im Kleinen Schwurgerichtssaal, an der selben Stelle, an der vor zwei Jahren der Spritweberprozess drei Monate lang verhandelt worden war, begann heute vor der ersten Großen Strafkammer des Landgerichts I, unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Fiebig die Berufungsverhandlung, die wiederum zwei bis drei Monate dauern wird.

Am Pfingstsonntag, dem 7. Juni 1924, war das große Spritlager in Stahndorf in den Vormittagsstunden in Brand ausgegangen. Zur Zeit, als der Brand ausbrach, befanden sich nur Hermann Weber und sein jüngster Bruder Adolf, sowie ein Arbeiter, der sich aber in dem Augenblick außerhalb des Gebäudes aufhielt, in dem Spritlager in Stahndorf. Hermann Weber gab den Inhalt des abgebrannten Lagers auf 1,3 Millionen Liter Spirit an und erhielt 300 000 englische Pfund, gleich rund 6 Millionen Mark. Versicherungsanschuldigung ausgegahlt. Er behauptete, daß kurz vor dem Brande ungeheure Transportzüge mit Spirit angekommen seien, während in der Nachbarschaft niemand diesen Riesentransport beobachtet hat. Das Gericht hatte auch nur eine Höchstmenge von 300 000 Liter angenommen. Das Ergebnis der Hauptverhandlung hat den Verdacht der Brandstiftung und des Versicherungsbetruges, bezogen von dem Angeklagten Hermann Weber, in keiner Weise abgeschwächt. Es haben sich eine Reihe von Tatsachen ergeben, die mit Notwendigkeit auf Hermann Weber als den Brandstifter hinweisen. Dennoch konnte kein lückenloser Beweis, daß eine andere Möglichkeit ausgeschlossen sei, erbracht werden, weshalb in diesen Punkten Freisprechung erfolgen mußte. Die Staatsanwaltschaft will aber für die Durchführung ihrer Berufung neue Beweismittel gegen Hermann Weber für die Brandstiftung und den Versicherungsbruch vor der Strafkammer erbringen.

Wenn die Verlesung des ersten Urteils, das 247 enggedruckte Quartseiten umfaßt, wird länger als eine Woche in Anspruch nehmen, so daß erst dann in die eigentliche Verhandlung eingetreten werden kann.

Das Hauptinteresse der Berufungsverhandlung wird sich um die Frage drehen, ob Hermann Weber sein Spritlager in

# Ein Potsdamer „Musterbetrieb“.

Das Bordell in der „Reho“.

Vor dem Potsdamer Schöffengericht spielte sich eine Gerichtsverhandlung ab, die Einblick in einen höchst seltsamen Fabrikbetrieb eröffnete. Der 56jährige Meister der Potsdamer mechanischen Holzbearbeitungsfabrik „Reho“ stand vor dem Richter, um sich wegen fälschlicher Beleidigung der Arbeiterin Grete S. und der Arbeiterin Klara D. zu verantworten. Die Verhandlung, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, enthüllte Zustände aus dem Betriebe, wie sie ähnlich in diesem Gerichtssaal wohl noch nie erzählt worden sind.

Die Zeugin Klara D. bekennt unter Eid, daß sich der Angeklagte ihr bei der Arbeitsaufnahme sofort in unästhetischer Weise genähert habe. Dann habe er ihr gesagt, daß es in der „Reho“ „wie zu Hause“ zugehe. Es gibt nur Vater und Mutter, Kind und Tochter. Wie dieses „zu Hause“ ausliehe, schildern die Zeuginnen unter Eid. Die jungen, meist hübschen Arbeiterinnen arbeiteten oft 33 Stunden durch, d. h., sie blieben die Nacht im Betriebe, tranken, schliefen, tranken wieder, so daß sie morgens um 8 Uhr, als die neue Schicht zum Dienst antrat, zum Teil betrunken unter den Tischen lagen. Von Sozialleistungen war überhaupt nichts zu spüren. Die Arbeiterinnen schliefen in dem Betriebe bis Mittag ihren Rausch aus. Der Chef der Firma, Karl Bernhardt, und die Mitinhaberin, ein Fräulein Ebert aus Berlin, blieben auch die Nächte dort im Betriebe. Nach Aussagen der Arbeiterinnen kam es in der Fabrik des Nachts zu wilden Szenen. Die Mädel wurden geküßt und umarmt. Eine Zeugin bekennt, daß sie sofort nach der fälschlichen Beleidigung ihre Papiere verlangt hätte. Diese wären ihr aber erst nach 14 Tagen aus-

gehändigt worden. Der Chef habe ihr erklärt: „Nach, daß du rauskommst, Pepinetti, öffnen Sie die Tür.“ Eine Zeugin bezeichnet die „Reho“ als einen bordellartigen Betrieb. Weiter kam zur Sprache, daß man in der „Reho“ nur solche Mädel geduldet habe, die den Männern gefällig waren. Die Löhne waren äußerst niedrig, und noch heute schweben Klagen wegen Nichtablieferung von Krankenkassenbeiträgen. Mit einer sechzehnjährigen Arbeiterin ist der Angeklagte in ein Weinrestaurant gegangen und später in ein geheimes Hotelzimmer. Diese Sechzehnjährige wurde von dem Angeklagten etwas näher auf den Badenumfang untersucht. Ein Potsdamer Kriminalbeamter bekennt unter Eid, daß mehrere Personen, die er in dieser Sache vernommen habe, den Betrieb als eine Schweinerei bezeichnet hätten. Ein Arbeiter habe die „Reho“ als Puff bezeichnet. Die meisten Mädchen seien den Verführungen in der Fabrik unterlegen. Die Arbeiter, die der Kriminalbeamte vernommen hatte, bezeichneten den Betrieb ebenfalls als eine Schweinerei ohne Gleichen. Der Angeklagte selbst äußerte sich sehr wenig zu den Vorwürfen, ja, er bezeichnete die Arbeiterinnen als lässig und gehässig. Weiter sind der Chef und die Mitinhaberin nicht als Zeugen geladen. Sie befanden sich zu Anfang der Verhandlung im Hörsaalraum, verließen dann aber den Saal, als die Öffentlichkeit ausgeschlossen wurde. Als man sie nachträglich als Zeugen vernahmen wollte, waren beide abg. dem Gerichtsgebäude fort. Der Staatsanwalt beantragte im Falle der Grete S. die Freilassung und im Falle der Arbeiterin Klara D. einen Monat Gefängnis. Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. von P. Potsdam beantragte in erster Linie Freisprechung bzw. milde Bestrafung. Das Urteil lautete auf 300 Mark Geldstrafe. Die kleine Firma ist inzwischen verfallen.

Stahndorf selbst angezündet hat oder ob der Brand auf Kurzschluß zurückzuführen ist. Das Gericht hatte seinerzeit angenommen, daß er die englischen Versicherungsgesellschaften nachträglich durch zu hohe Angabe der verbrannten Spreitmengen betrogen habe. Er war wegen fortgesetzter aktiver Bestechung und Betruges in einem Falle zu 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis und 20 000 Mark Geldbuße verurteilt worden.

# Diebesfrevheit.

Während die Wohnung ohne Aufsicht war!

Endlich wurden Einbrecher erwischt, die ganz planmäßig in verschiedenen Stadtteilen, besonders im Westen, die Marktstunden ausnützten, in denen die Hausfrauen beim Einkauf waren und die Wohnungen ohne Aufsicht standen.

Gestern arbeiteten sie wieder im Nordwesten in der Frankfurterstraße. Die Hausfrau, die unerwartet heimkehrte, begegnete ihnen, zwei Mann, auf der Treppe, als sie mit Paketen herunterkamen. Sie fand die Wohnräume unverschlossen, während sie vorher abgeschlossen hatte, schloß daher Verdacht und eilte den beiden nach. Auf ihre Hilferufe nahmen Posten die Verfolgung auf, ergriffen beide und übergaben sie der Polizei. Diese stellte sie fest als einen 43 Jahre alten Arbeiter Robert Peterson und einen 40jährigen Walter Wilschke. Die Beute wurde ihnen wieder abgeleitet. Wilschke behielt noch mehrere hundert Mark aus dem Erlös von früher gestohlenen Gütern und eine Anzahl Kunstwerke mit falschen Namen. — Rächlichen Besuch hatte ein Kriminalkommissar vorpostern in der Sophie-Charlottenstraße. Ein Einbrecher war über die Feuerleiter auf das Dach gestiegen und dann bei ihm durch ein Fenster in die Wohnung im 4. Stock eingestiegen. Bevor er mit einem Paken Bücher und Kleiderstücke den Rückweg angetreten, hatte er mitten im Zimmer Papier aufgeschichtet und angezündet. Das Feuer war aber gleich wieder erloschen, ohne weiter um sich zu greifen. Der Dieb war ein 20 Jahre alter Kutscher Erich S., der bei seinen Großeltern in derselben Straße wohnt. Als diese Jahre, was ihr Gekel nach Hause mitgebracht hatte und dann von dem Einbruch hörten, trugen sie die Sachen gleich zurück. S. behauptete, er habe seinen Brand anzusetzen wollen, sondern das Papier nur angezündet, um in dem Zimmer besser sehen zu können. Er scheint geistig nicht normal zu sein und wird auf seinen Zustand untersucht werden. — Erhebliche Beute machten unbekannte Verbrecher in einer Villa am Hohenzollernpark. In der Rückseite des Gebäudes liegt ein abgefallener kleiner See. Von dort her kamen die Verbrecher. Im Garten hackten sie einen Baum ab und wuchelten mit ihm die schwere Jalousie hoch, die sie dann festklemmten. Durch Eindrücken einer Scheibe verschafften sie sich Einlaß, und stahlen vier Perlebrillen und eine Menge schweres Tafelsilber mit dem Monogramm „A“. In den Morgenstunden fand man in einem nahen Gebüsch zwei der Teppiche wieder, die die Einbrecher dort versteckt hatten, um sie später abzuholen.

# Die gefälschten Pässe.

Eine Geschichte mit Hindernissen.

Herr Kaplan war in Rußland ein reicher Holzhändler, als das Verbot unter den Bolschewiki ausruft wurde, wanderte er aus. Im Jahre 1923 sah ihn Berlin in seinen geliebten Rußland. Herr Kaplan nebst Familie waren rußland, aber nicht mittellos. War mit dem letzteren die Vorauszahlung zum Wiederaufbau des Holzgeschäfts gegeben, so stand dem die Staatslosigkeit hindernd im Weg. In Polen boten sich Herrn Kaplan Wälder zum Kaufe; als Staatsloser war ihm aber die Grenze gesperrt. Wo also einen Paf hinnehmen? Und gar einen solchen, der für Polen besonders gut geeignet war. Da kam z. B. ein tschechoslowakischer Paf sehr gelegen und so erhielt Herr Kapitola, der Geschäftsführer des Herrn Kaplan, den Auftrag, für seinen Chef, dessen Sohn und für sich selbst die tschechoslowakische Staatsangehörigkeit zu besorgen; man verschah ihn mit dem nötigen Kleingeld und mit Lichtbildern.

Kapitola wandte sich an seinen Bekannten Beatus, dieser führte ihn mit seinem Bekannten Pinkowski zusammen, der sich seinerseits an seinen Bekannten Bauer wandte. Während Pinkowski für 30 Dollar erhalten hatte, verlangte Bauer bereits 150 Dollar. Dafür besorgte er tatsächlich drei tschechoslowakische Pässe. Es hieß darin, daß ihre Besitzer in Barnsdorf in der Tschechoslowakei geboren seien; Beatusbürgermeister und Stempel waren echt. Die Eigentümer der neuen Pässe hatten gegen sie nichts einzuwenden. Jetzt waren nur noch polizeilicher Sichtvermerk, die Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes und das polnische Visum erforderlich und Herr Kaplan konnte nach Polen reisen, um dort seine Wälder in Empfang zu nehmen. Auch hier wachte Pinkowski Rat. Von polizeilichen Sichtvermerk verschaffte der Polizeibetriebsassistent H. den Unbedenklichkeitsvermerk erhielt man vom Finanzamt Charlottenburg. Alles schien in bester Ordnung. Da passierte ein Unglück. Ein gewisser A., der den Unbedenklichkeitsvermerk eben erst erhalten hatte, wurde auf dem Wege zu Pinkowski wegen einer anderen Pafschlichtungsangelegenheit verhaftet; in seiner Urkunde verriet er die drei Pässe zwischen den Postern des Wagens. A. wurde aus dem Polizeipräsidium entlassen, die Pässe lagen aber zwischen den Postern eines Autos. Er meldete seinen Verlust der Polizei, diese fanderte nach dem Auto, fand die gefälschten Pässe und händigte sie den Eigentümern aus. Kaplan machte mit seinem Sohn und seinem Geschäftsführer eine Geschäftsreise nach Polen, die Pafherbände legte aber ihre Tätigkeit fort, bis sie eines Tages eingekerkert wurde. So kam auch die Pafangelegenheit Kaplan aus Tageslicht. Das war im Jahre 1924. Herr Kapitola hat sich unterdessen im Untersuchungsgefängnis das Leben genommen, Herr Pinkowski und der ungetreue Beatus wurden zu schweren Strafen verurteilt, Herr Kaplan war aber nach Paris verzogen und mußte sich nur einigen Tagen vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte zusammen mit seinem Sohn wegen Pafschlichtung verantworten. Außer ihm sahen noch acht Angeklagte auf der Anklagebank. Der Staatsanwalt beantragte zwei Jahre Zuchthaus. Der 67jährige Kapitola beteuerte seine Unschuld und das Gericht sprach ihn, seinen Sohn und sämtliche übrige Angeklagte frei — mangels Beweises. Gegen drei der Angeklagten wurde das Verbrechen eingestellt, da sie bereits wegen der Pafschlichtungen einmal verurteilt worden waren.

# Funkwinkel.

Hamburg übertrug die erste Sendung des Julius „2000 Jahre Parlament“, der als funktionsreicher Vortrag im Programm bezeichnet wird, auf den Berliner Sender. Dieser erste Abend heißt „Cicero“. Zuerst ein einleitender Vortrag, der die politischen und kulturellen Verhältnisse am Ende der römischen Republik darlegt, und dieser Vortrag ist beinahe länger als das Spiel selbst, das Hans Bodenstedt vorleset. Um die bekannte erste latinitätische Rede Ciceros hat Bodenstedt eine Anordnung von Dialog und Sprechweise verfaßt, dazu eine kurze Erwiderung Catinas. Der Hauptakt liegt allein auf der Rede. Bodenstedt selbst hält sich zurück. Seine Arbeit beschränkt sich auf Einwurfe, wodurch er die Rede dramatisch steigert. Die Sendung ist weniger künstlerisch orientiert als kulturhistorisch, trotzdem sich der letzte Sprecher und das musikalische Finale bedenklich der Opernwirkung nähern. Was will dieser Julius zeigen? Die Fülle, daß die rednerischen Mittel immer die gleichen waren, wenn man von zeitbedingten Ausdrucksformen absieht, und dann zeigt diese Sendung, welche große dramatische Kraft, welche kunstvolle Steigerung in der Rede des Römers liegt, sogar noch in der Interpretation von Erich Ziegler, der dem Cicero einen pastoralen Ton verleiht und ihn manchmal im Stil eines Heidenmeters reden läßt. Allerdings mildert er die Rede vorsichtig und erreicht durch kurze Beherrschung seiner stimmlichen Mittel starken Ausdruck. Den Abend beschloß Stagemann mit einem gepflegten Vortrag von Beethovens Cello-Sonaten in G-Moll. — Aus der Peripherie Berlins, dieser Titel läßt etwa eine Schilderung jener Außenbezirke ahnen, wo Straßenbahnen und Autobusse aufhören, wo die Stadt allmählich ihren Charakter verliert und in das flache Land übergeht. Alles dies deutet auch Rudolf Großmann kurz an. Dazu gibt er einen Vergleich zwischen Berlin und Paris, zwischen dem Lokalspatialisismus des Pariser und der Neptischen Haltung des Berliner. Großmann zeigt die grundverschiedene Einstellung des Künstlers und überhaupt des Bewohners von Paris und von Berlin, und er bedauert das Fehlen einer Berliner April. Das ist alles sehr schön und gut gesagt, aber es mangelt an Zusammenhängen. Der kurze Vortrag, impressionistisch hingeworfen, reiht einige Tatsachen zu willkürlich aneinander.

# Freier Eintritt in die Staatlichen Museen.

Aber nur für Schulen.

Auf Anordnung des Kultusministeriums wird in Zukunft auch an den Jahltagen für Schüler, die die Staatlichen Museen in geschlossener Führung und mit einem Lehrer, der einen Ausweis besitzt, besuchen wollen, ein Eintrittsgeld nicht mehr berechnet. Der freie Eintritt gilt für Angehörige aller deutschen Schulen, auch von auswärtigen. Bisher mußten Schüler bei solchen Führungen 10 Pfennige bezahlen — das ist fortgefallen, da der Betrag ja ohnehin gering ist und die Einklassierung nur zu Schwierigkeiten führte.

Für arme Kinder von Volksschulen und dergleichen ist ja ein Groschen oft genug ein Hindernis, eine Bildungsstätte aufzusuchen. Für Professore, die über die Schulfahrt hinaus sind, gilt aber ebenfalls das Gleiche. Wann wird das Kultusministerium sich einschließen, den Besuch der Staatlichen Museen allgemein freizugeben?

Die Frühjahrsausstellung der Akademie der Künste am Pariser Platz ist auch am Himmelfahrtstage von 10 bis 5 Uhr geöffnet.

Vorbeugend bei Neigung zu Gicht, Rheumatismus usw.



Fachinger Versandis'le, Berlin SW II, Schönhaarstr. 16a. Tel. Lützow 6206-41



# Parteinachrichten für Groß-Berlin

Stenographen für diese Rubrik sind Berlin 58 63, Lindenstraße 1.

Donnerstag, den 17. Mai (Himmelfahrt), ist das Sekretariat zur Abholung des Wahlmaterials bis 13 Uhr geöffnet!

1. Kreis Mitte, Donnerstag, 17. Mai, 9 Uhr, Sitzung des erweiterten Kreisvorstandes und Ausschusskommunikation mit dem hiesigen Kreisrat des Wahlkreises, Eimerstraße 11.

2. Kreis Friedrichshagen, Einladung zu der heute 19 Uhr in der Schule des Andreas-Realgymnasiums, Rappstraße 75-76, stattfindenden Versammlung aller im Wahlkreis Friedrichshagen beschäftigten Beamten, Angestellten und Arbeiter mit ihren Angehörigen, Tagesordnung: 1. Die formenden Reichs- und Landeswahlen. 2. Referat Stadtrat Hoffmann. 3. Filmvorführung: „Dein Schicksal“.

3. Kreis Reinickendorf, Donnerstag, 17. Mai, 9 1/2 Uhr, im Volkshaus Reinickendorf-West, Schwanenberger Str. 114, Sitzung des engeren Kreisvorstandes mit dem Wahlkreisleiter. Jede Abteilung muß unbedingt vertreten sein. An dem Abend heute, Mittwoch, 16. Mai, der von der Abteilung Friedrichshagen-West veranstaltet wird, beteiligen sich die Wahlkreise Reinickendorf-Ost, Fennhof, Wittenau und Weismannsdorf.

4. Kreis Wilmersdorf, Donnerstag, 17. Mai, 9 1/2 Uhr, im Volkshaus Reinickendorf-West, Schwanenberger Str. 114, Sitzung des engeren Kreisvorstandes mit dem Wahlkreisleiter. Jede Abteilung muß unbedingt vertreten sein. An dem Abend heute, Mittwoch, 16. Mai, der von der Abteilung Friedrichshagen-West veranstaltet wird, beteiligen sich die Wahlkreise Reinickendorf-Ost, Fennhof, Wittenau und Weismannsdorf.

5. Kreis Wilmersdorf, Donnerstag, 17. Mai, 9 1/2 Uhr, im Volkshaus Reinickendorf-West, Schwanenberger Str. 114, Sitzung des engeren Kreisvorstandes mit dem Wahlkreisleiter. Jede Abteilung muß unbedingt vertreten sein. An dem Abend heute, Mittwoch, 16. Mai, der von der Abteilung Friedrichshagen-West veranstaltet wird, beteiligen sich die Wahlkreise Reinickendorf-Ost, Fennhof, Wittenau und Weismannsdorf.

6. Kreis Wilmersdorf, Donnerstag, 17. Mai, 9 1/2 Uhr, im Volkshaus Reinickendorf-West, Schwanenberger Str. 114, Sitzung des engeren Kreisvorstandes mit dem Wahlkreisleiter. Jede Abteilung muß unbedingt vertreten sein. An dem Abend heute, Mittwoch, 16. Mai, der von der Abteilung Friedrichshagen-West veranstaltet wird, beteiligen sich die Wahlkreise Reinickendorf-Ost, Fennhof, Wittenau und Weismannsdorf.

7. Kreis Wilmersdorf, Donnerstag, 17. Mai, 9 1/2 Uhr, im Volkshaus Reinickendorf-West, Schwanenberger Str. 114, Sitzung des engeren Kreisvorstandes mit dem Wahlkreisleiter. Jede Abteilung muß unbedingt vertreten sein. An dem Abend heute, Mittwoch, 16. Mai, der von der Abteilung Friedrichshagen-West veranstaltet wird, beteiligen sich die Wahlkreise Reinickendorf-Ost, Fennhof, Wittenau und Weismannsdorf.

8. Kreis Wilmersdorf, Donnerstag, 17. Mai, 9 1/2 Uhr, im Volkshaus Reinickendorf-West, Schwanenberger Str. 114, Sitzung des engeren Kreisvorstandes mit dem Wahlkreisleiter. Jede Abteilung muß unbedingt vertreten sein. An dem Abend heute, Mittwoch, 16. Mai, der von der Abteilung Friedrichshagen-West veranstaltet wird, beteiligen sich die Wahlkreise Reinickendorf-Ost, Fennhof, Wittenau und Weismannsdorf.

9. Kreis Wilmersdorf, Donnerstag, 17. Mai, 9 1/2 Uhr, im Volkshaus Reinickendorf-West, Schwanenberger Str. 114, Sitzung des engeren Kreisvorstandes mit dem Wahlkreisleiter. Jede Abteilung muß unbedingt vertreten sein. An dem Abend heute, Mittwoch, 16. Mai, der von der Abteilung Friedrichshagen-West veranstaltet wird, beteiligen sich die Wahlkreise Reinickendorf-Ost, Fennhof, Wittenau und Weismannsdorf.

10. Kreis Wilmersdorf, Donnerstag, 17. Mai, 9 1/2 Uhr, im Volkshaus Reinickendorf-West, Schwanenberger Str. 114, Sitzung des engeren Kreisvorstandes mit dem Wahlkreisleiter. Jede Abteilung muß unbedingt vertreten sein. An dem Abend heute, Mittwoch, 16. Mai, der von der Abteilung Friedrichshagen-West veranstaltet wird, beteiligen sich die Wahlkreise Reinickendorf-Ost, Fennhof, Wittenau und Weismannsdorf.

11. Kreis Wilmersdorf, Donnerstag, 17. Mai, 9 1/2 Uhr, im Volkshaus Reinickendorf-West, Schwanenberger Str. 114, Sitzung des engeren Kreisvorstandes mit dem Wahlkreisleiter. Jede Abteilung muß unbedingt vertreten sein. An dem Abend heute, Mittwoch, 16. Mai, der von der Abteilung Friedrichshagen-West veranstaltet wird, beteiligen sich die Wahlkreise Reinickendorf-Ost, Fennhof, Wittenau und Weismannsdorf.

12. Kreis Wilmersdorf, Donnerstag, 17. Mai, 9 1/2 Uhr, im Volkshaus Reinickendorf-West, Schwanenberger Str. 114, Sitzung des engeren Kreisvorstandes mit dem Wahlkreisleiter. Jede Abteilung muß unbedingt vertreten sein. An dem Abend heute, Mittwoch, 16. Mai, der von der Abteilung Friedrichshagen-West veranstaltet wird, beteiligen sich die Wahlkreise Reinickendorf-Ost, Fennhof, Wittenau und Weismannsdorf.

13. Kreis Wilmersdorf, Donnerstag, 17. Mai, 9 1/2 Uhr, im Volkshaus Reinickendorf-West, Schwanenberger Str. 114, Sitzung des engeren Kreisvorstandes mit dem Wahlkreisleiter. Jede Abteilung muß unbedingt vertreten sein. An dem Abend heute, Mittwoch, 16. Mai, der von der Abteilung Friedrichshagen-West veranstaltet wird, beteiligen sich die Wahlkreise Reinickendorf-Ost, Fennhof, Wittenau und Weismannsdorf.

14. Kreis Wilmersdorf, Donnerstag, 17. Mai, 9 1/2 Uhr, im Volkshaus Reinickendorf-West, Schwanenberger Str. 114, Sitzung des engeren Kreisvorstandes mit dem Wahlkreisleiter. Jede Abteilung muß unbedingt vertreten sein. An dem Abend heute, Mittwoch, 16. Mai, der von der Abteilung Friedrichshagen-West veranstaltet wird, beteiligen sich die Wahlkreise Reinickendorf-Ost, Fennhof, Wittenau und Weismannsdorf.

15. Kreis Wilmersdorf, Donnerstag, 17. Mai, 9 1/2 Uhr, im Volkshaus Reinickendorf-West, Schwanenberger Str. 114, Sitzung des engeren Kreisvorstandes mit dem Wahlkreisleiter. Jede Abteilung muß unbedingt vertreten sein. An dem Abend heute, Mittwoch, 16. Mai, der von der Abteilung Friedrichshagen-West veranstaltet wird, beteiligen sich die Wahlkreise Reinickendorf-Ost, Fennhof, Wittenau und Weismannsdorf.

16. Kreis Wilmersdorf, Donnerstag, 17. Mai, 9 1/2 Uhr, im Volkshaus Reinickendorf-West, Schwanenberger Str. 114, Sitzung des engeren Kreisvorstandes mit dem Wahlkreisleiter. Jede Abteilung muß unbedingt vertreten sein. An dem Abend heute, Mittwoch, 16. Mai, der von der Abteilung Friedrichshagen-West veranstaltet wird, beteiligen sich die Wahlkreise Reinickendorf-Ost, Fennhof, Wittenau und Weismannsdorf.

17. Kreis Wilmersdorf, Donnerstag, 17. Mai, 9 1/2 Uhr, im Volkshaus Reinickendorf-West, Schwanenberger Str. 114, Sitzung des engeren Kreisvorstandes mit dem Wahlkreisleiter. Jede Abteilung muß unbedingt vertreten sein. An dem Abend heute, Mittwoch, 16. Mai, der von der Abteilung Friedrichshagen-West veranstaltet wird, beteiligen sich die Wahlkreise Reinickendorf-Ost, Fennhof, Wittenau und Weismannsdorf.

18. Kreis Wilmersdorf, Donnerstag, 17. Mai, 9 1/2 Uhr, im Volkshaus Reinickendorf-West, Schwanenberger Str. 114, Sitzung des engeren Kreisvorstandes mit dem Wahlkreisleiter. Jede Abteilung muß unbedingt vertreten sein. An dem Abend heute, Mittwoch, 16. Mai, der von der Abteilung Friedrichshagen-West veranstaltet wird, beteiligen sich die Wahlkreise Reinickendorf-Ost, Fennhof, Wittenau und Weismannsdorf.

19. Kreis Wilmersdorf, Donnerstag, 17. Mai, 9 1/2 Uhr, im Volkshaus Reinickendorf-West, Schwanenberger Str. 114, Sitzung des engeren Kreisvorstandes mit dem Wahlkreisleiter. Jede Abteilung muß unbedingt vertreten sein. An dem Abend heute, Mittwoch, 16. Mai, der von der Abteilung Friedrichshagen-West veranstaltet wird, beteiligen sich die Wahlkreise Reinickendorf-Ost, Fennhof, Wittenau und Weismannsdorf.

20. Kreis Wilmersdorf, Donnerstag, 17. Mai, 9 1/2 Uhr, im Volkshaus Reinickendorf-West, Schwanenberger Str. 114, Sitzung des engeren Kreisvorstandes mit dem Wahlkreisleiter. Jede Abteilung muß unbedingt vertreten sein. An dem Abend heute, Mittwoch, 16. Mai, der von der Abteilung Friedrichshagen-West veranstaltet wird, beteiligen sich die Wahlkreise Reinickendorf-Ost, Fennhof, Wittenau und Weismannsdorf.

21. Kreis Wilmersdorf, Donnerstag, 17. Mai, 9 1/2 Uhr, im Volkshaus Reinickendorf-West, Schwanenberger Str. 114, Sitzung des engeren Kreisvorstandes mit dem Wahlkreisleiter. Jede Abteilung muß unbedingt vertreten sein. An dem Abend heute, Mittwoch, 16. Mai, der von der Abteilung Friedrichshagen-West veranstaltet wird, beteiligen sich die Wahlkreise Reinickendorf-Ost, Fennhof, Wittenau und Weismannsdorf.

22. Kreis Wilmersdorf, Donnerstag, 17. Mai, 9 1/2 Uhr, im Volkshaus Reinickendorf-West, Schwanenberger Str. 114, Sitzung des engeren Kreisvorstandes mit dem Wahlkreisleiter. Jede Abteilung muß unbedingt vertreten sein. An dem Abend heute, Mittwoch, 16. Mai, der von der Abteilung Friedrichshagen-West veranstaltet wird, beteiligen sich die Wahlkreise Reinickendorf-Ost, Fennhof, Wittenau und Weismannsdorf.

23. Kreis Wilmersdorf, Donnerstag, 17. Mai, 9 1/2 Uhr, im Volkshaus Reinickendorf-West, Schwanenberger Str. 114, Sitzung des engeren Kreisvorstandes mit dem Wahlkreisleiter. Jede Abteilung muß unbedingt vertreten sein. An dem Abend heute, Mittwoch, 16. Mai, der von der Abteilung Friedrichshagen-West veranstaltet wird, beteiligen sich die Wahlkreise Reinickendorf-Ost, Fennhof, Wittenau und Weismannsdorf.

24. Kreis Wilmersdorf, Donnerstag, 17. Mai, 9 1/2 Uhr, im Volkshaus Reinickendorf-West, Schwanenberger Str. 114, Sitzung des engeren Kreisvorstandes mit dem Wahlkreisleiter. Jede Abteilung muß unbedingt vertreten sein. An dem Abend heute, Mittwoch, 16. Mai, der von der Abteilung Friedrichshagen-West veranstaltet wird, beteiligen sich die Wahlkreise Reinickendorf-Ost, Fennhof, Wittenau und Weismannsdorf.

25. Kreis Wilmersdorf, Donnerstag, 17. Mai, 9 1/2 Uhr, im Volkshaus Reinickendorf-West, Schwanenberger Str. 114, Sitzung des engeren Kreisvorstandes mit dem Wahlkreisleiter. Jede Abteilung muß unbedingt vertreten sein. An dem Abend heute, Mittwoch, 16. Mai, der von der Abteilung Friedrichshagen-West veranstaltet wird, beteiligen sich die Wahlkreise Reinickendorf-Ost, Fennhof, Wittenau und Weismannsdorf.

26. Kreis Wilmersdorf, Donnerstag, 17. Mai, 9 1/2 Uhr, im Volkshaus Reinickendorf-West, Schwanenberger Str. 114, Sitzung des engeren Kreisvorstandes mit dem Wahlkreisleiter. Jede Abteilung muß unbedingt vertreten sein. An dem Abend heute, Mittwoch, 16. Mai, der von der Abteilung Friedrichshagen-West veranstaltet wird, beteiligen sich die Wahlkreise Reinickendorf-Ost, Fennhof, Wittenau und Weismannsdorf.

27. Kreis Wilmersdorf, Donnerstag, 17. Mai, 9 1/2 Uhr, im Volkshaus Reinickendorf-West, Schwanenberger Str. 114, Sitzung des engeren Kreisvorstandes mit dem Wahlkreisleiter. Jede Abteilung muß unbedingt vertreten sein. An dem Abend heute, Mittwoch, 16. Mai, der von der Abteilung Friedrichshagen-West veranstaltet wird, beteiligen sich die Wahlkreise Reinickendorf-Ost, Fennhof, Wittenau und Weismannsdorf.

28. Kreis Wilmersdorf, Donnerstag, 17. Mai, 9 1/2 Uhr, im Volkshaus Reinickendorf-West, Schwanenberger Str. 114, Sitzung des engeren Kreisvorstandes mit dem Wahlkreisleiter. Jede Abteilung muß unbedingt vertreten sein. An dem Abend heute, Mittwoch, 16. Mai, der von der Abteilung Friedrichshagen-West veranstaltet wird, beteiligen sich die Wahlkreise Reinickendorf-Ost, Fennhof, Wittenau und Weismannsdorf.

29. Kreis Wilmersdorf, Donnerstag, 17. Mai, 9 1/2 Uhr, im Volkshaus Reinickendorf-West, Schwanenberger Str. 114, Sitzung des engeren Kreisvorstandes mit dem Wahlkreisleiter. Jede Abteilung muß unbedingt vertreten sein. An dem Abend heute, Mittwoch, 16. Mai, der von der Abteilung Friedrichshagen-West veranstaltet wird, beteiligen sich die Wahlkreise Reinickendorf-Ost, Fennhof, Wittenau und Weismannsdorf.

30. Kreis Wilmersdorf, Donnerstag, 17. Mai, 9 1/2 Uhr, im Volkshaus Reinickendorf-West, Schwanenberger Str. 114, Sitzung des engeren Kreisvorstandes mit dem Wahlkreisleiter. Jede Abteilung muß unbedingt vertreten sein. An dem Abend heute, Mittwoch, 16. Mai, der von der Abteilung Friedrichshagen-West veranstaltet wird, beteiligen sich die Wahlkreise Reinickendorf-Ost, Fennhof, Wittenau und Weismannsdorf.

31. Kreis Wilmersdorf, Donnerstag, 17. Mai, 9 1/2 Uhr, im Volkshaus Reinickendorf-West, Schwanenberger Str. 114, Sitzung des engeren Kreisvorstandes mit dem Wahlkreisleiter. Jede Abteilung muß unbedingt vertreten sein. An dem Abend heute, Mittwoch, 16. Mai, der von der Abteilung Friedrichshagen-West veranstaltet wird, beteiligen sich die Wahlkreise Reinickendorf-Ost, Fennhof, Wittenau und Weismannsdorf.

32. Kreis Wilmersdorf, Donnerstag, 17. Mai, 9 1/2 Uhr, im Volkshaus Reinickendorf-West, Schwanenberger Str. 114, Sitzung des engeren Kreisvorstandes mit dem Wahlkreisleiter. Jede Abteilung muß unbedingt vertreten sein. An dem Abend heute, Mittwoch, 16. Mai, der von der Abteilung Friedrichshagen-West veranstaltet wird, beteiligen sich die Wahlkreise Reinickendorf-Ost, Fennhof, Wittenau und Weismannsdorf.

33. Kreis Wilmersdorf, Donnerstag, 17. Mai, 9 1/2 Uhr, im Volkshaus Reinickendorf-West, Schwanenberger Str. 114, Sitzung des engeren Kreisvorstandes mit dem Wahlkreisleiter. Jede Abteilung muß unbedingt vertreten sein. An dem Abend heute, Mittwoch, 16. Mai, der von der Abteilung Friedrichshagen-West veranstaltet wird, beteiligen sich die Wahlkreise Reinickendorf-Ost, Fennhof, Wittenau und Weismannsdorf.

34. Kreis Wilmersdorf, Donnerstag, 17. Mai, 9 1/2 Uhr, im Volkshaus Reinickendorf-West, Schwanenberger Str. 114, Sitzung des engeren Kreisvorstandes mit dem Wahlkreisleiter. Jede Abteilung muß unbedingt vertreten sein. An dem Abend heute, Mittwoch, 16. Mai, der von der Abteilung Friedrichshagen-West veranstaltet wird, beteiligen sich die Wahlkreise Reinickendorf-Ost, Fennhof, Wittenau und Weismannsdorf.

35. Kreis Wilmersdorf, Donnerstag, 17. Mai, 9 1/2 Uhr, im Volkshaus Reinickendorf-West, Schwanenberger Str. 114, Sitzung des engeren Kreisvorstandes mit dem Wahlkreisleiter. Jede Abteilung muß unbedingt vertreten sein. An dem Abend heute, Mittwoch, 16. Mai, der von der Abteilung Friedrichshagen-West veranstaltet wird, beteiligen sich die Wahlkreise Reinickendorf-Ost, Fennhof, Wittenau und Weismannsdorf.

36. Kreis Wilmersdorf, Donnerstag, 17. Mai, 9 1/2 Uhr, im Volkshaus Reinickendorf-West, Schwanenberger Str. 114, Sitzung des engeren Kreisvorstandes mit dem Wahlkreisleiter. Jede Abteilung muß unbedingt vertreten sein. An dem Abend heute, Mittwoch, 16. Mai, der von der Abteilung Friedrichshagen-West veranstaltet wird, beteiligen sich die Wahlkreise Reinickendorf-Ost, Fennhof, Wittenau und Weismannsdorf.

37. Kreis Wilmersdorf, Donnerstag, 17. Mai, 9 1/2 Uhr, im Volkshaus Reinickendorf-West, Schwanenberger Str. 114, Sitzung des engeren Kreisvorstandes mit dem Wahlkreisleiter. Jede Abteilung muß unbedingt vertreten sein. An dem Abend heute, Mittwoch, 16. Mai, der von der Abteilung Friedrichshagen-West veranstaltet wird, beteiligen sich die Wahlkreise Reinickendorf-Ost, Fennhof, Wittenau und Weismannsdorf.

38. Kreis Wilmersdorf, Donnerstag, 17. Mai, 9 1/2 Uhr, im Volkshaus Reinickendorf-West, Schwanenberger Str. 114, Sitzung des engeren Kreisvorstandes mit dem Wahlkreisleiter. Jede Abteilung muß unbedingt vertreten sein. An dem Abend heute, Mittwoch, 16. Mai, der von der Abteilung Friedrichshagen-West veranstaltet wird, beteiligen sich die Wahlkreise Reinickendorf-Ost, Fennhof, Wittenau und Weismannsdorf.

39. Kreis Wilmersdorf, Donnerstag, 17. Mai, 9 1/2 Uhr, im Volkshaus Reinickendorf-West, Schwanenberger Str. 114, Sitzung des engeren Kreisvorstandes mit dem Wahlkreisleiter. Jede Abteilung muß unbedingt vertreten sein. An dem Abend heute, Mittwoch, 16. Mai, der von der Abteilung Friedrichshagen-West veranstaltet wird, beteiligen sich die Wahlkreise Reinickendorf-Ost, Fennhof, Wittenau und Weismannsdorf.

40. Kreis Wilmersdorf, Donnerstag, 17. Mai, 9 1/2 Uhr, im Volkshaus Reinickendorf-West, Schwanenberger Str. 114, Sitzung des engeren Kreisvorstandes mit dem Wahlkreisleiter. Jede Abteilung muß unbedingt vertreten sein. An dem Abend heute, Mittwoch, 16. Mai, der von der Abteilung Friedrichshagen-West veranstaltet wird, beteiligen sich die Wahlkreise Reinickendorf-Ost, Fennhof, Wittenau und Weismannsdorf.

41. Kreis Wilmersdorf, Donnerstag, 17. Mai, 9 1/2 Uhr, im Volkshaus Reinickendorf-West, Schwanenberger Str. 114, Sitzung des engeren Kreisvorstandes mit dem Wahlkreisleiter. Jede Abteilung muß unbedingt vertreten sein. An dem Abend heute, Mittwoch, 16. Mai, der von der Abteilung Friedrichshagen-West veranstaltet wird, beteiligen sich die Wahlkreise Reinickendorf-Ost, Fennhof, Wittenau und Weismannsdorf.

42. Kreis Wilmersdorf, Donnerstag, 17. Mai, 9 1/2 Uhr, im Volkshaus Reinickendorf-West, Schwanenberger Str. 114, Sitzung des engeren Kreisvorstandes mit dem Wahlkreisleiter. Jede Abteilung muß unbedingt vertreten sein. An dem Abend heute, Mittwoch, 16. Mai, der von der Abteilung Friedrichshagen-West veranstaltet wird, beteiligen sich die Wahlkreise Reinickendorf-Ost, Fennhof, Wittenau und Weismannsdorf.

43. Kreis Wilmersdorf, Donnerstag, 17. Mai, 9 1/2 Uhr, im Volkshaus Reinickendorf-West, Schwanenberger Str. 114, Sitzung des engeren Kreisvorstandes mit dem Wahlkreisleiter. Jede Abteilung muß unbedingt vertreten sein. An dem Abend heute, Mittwoch, 16. Mai, der von der Abteilung Friedrichshagen-West veranstaltet wird, beteiligen sich die Wahlkreise Reinickendorf-Ost, Fennhof, Wittenau und Weismannsdorf.

44. Kreis Wilmersdorf, Donnerstag, 17. Mai, 9 1/2 Uhr, im Volkshaus Reinickendorf-West, Schwanenberger Str. 114, Sitzung des engeren Kreisvorstandes mit dem Wahlkreisleiter. Jede Abteilung muß unbedingt vertreten sein. An dem Abend heute, Mittwoch, 16. Mai, der von der Abteilung Friedrichshagen-West veranstaltet wird, beteiligen sich die Wahlkreise Reinickendorf-Ost, Fennhof, Wittenau und Weismannsdorf.

## Frauenveranstaltungen.

134. Wk. Reinickendorf-Ost. Unser Kompartei findet am Freitag, 1. Juni, nach Herder Platz. Dieletis sind sofort zu haben bei den Genossin Weiser, Schönhaiger Weg 1; Genossin Schürmer, Fennhofstr. 48; Genossin Schöke, Fennhofstr. 12.

Wahlkreise! Kollegen! Am Freitag, 18. Mai, 19 Uhr, findet in den Kammern, Kollmer Str. 1 (am Kollmer Tor), eine öffentliche Versammlung der Groß-Berliner Arbeiterinnen statt. Es werden sprechen: 1. Bezirksvorsitzende Käthe Schaber, 2. Volksbeauftragte Käthe Schaber über das Thema: Was erwarten die Arbeiterinnen von den kommenden Wahlen? Kollegen! Die bevorstehenden Wahlen haben für uns alle eine außerordentliche Bedeutung. Deshalb erscheint mit euren Frauen und Wahlberechtigten Angehörigen zahllos in dieser Versammlung. Der Wahlausdruck der sozialdemokratischen Arbeiterinnen Groß-Berlins.

Jungsozialisten. Gruppe Reinickendorf: Wir beteiligen uns an der heute, Mittwoch, 16. Mai, 19 Uhr, stattfindenden Aufführung des Filmes „Dein Schicksal“ (durch den 30. Bezirk SPD.) in der Turnhalle Wittenau, Rosenthaler Straße 28.

## Wählerveranstaltungen.

Heute, Mittwoch, 16. Mai:

Herzogenpark, 8. Wk. 20 Uhr im Rationalhof, Bülowstraße 37. Wahlfilm, Geyang, 7-8 Uhr Blockparty Dennewitzplatz.

Wedding, 14. 15. Wk. Großer Werbezug. — Treffpunkt: 18 Uhr Süssan-Reger-Wies im Humboldthain. Alle Fahnen mitbringen. Abmarsch pünktlich 18 1/2 Uhr. — Sympathisierende sind mitzubringen.

Charlottenburg, 19 1/2 Uhr Kundgebung auf dem Bittenbergplatz. Redner: Bezirksverordneter Carl Witte. Treffpunkt: 19 Uhr auf dem Stuttgarter Platz.

Mariensfeld, 20 Uhr im Lokal „Lindenpark“ (Inhaber Pech). Berliner Straße Ecke Dorfstraße. Redner: Stadtrat Georg Wendi.

Centrifug, 19 1/2 Uhr auf dem Rathausplatz in Bantow Kundgebung. Anmarsch: 19 Uhr Viktorie-Ecke Siemensstraße. Geyangsvorträge. Musik. Anschließend Fackelzug. Redner: Erich Kuttner, W. d. L.

Steglitz, 20 Uhr in der Aula der Oberschule, Heesestraße 15. Redner: Kurt Heinig, W. d. R. und Rudolf Karsten.

Lichtenrade, 20 Uhr im Waldrestaurant Rohmann, Hübertstraße. Rednerin: Gertrud Hanna, W. d. L.

Rosenhal, 20 Uhr im Restaurant Monthe, Hauptstraße 1. Anreten zum Werbezug unter Borantritt der Reichsbannerkapelle um 19 Uhr Sackentstraße Ecke Germanenstraße. Redner: Franz Künzler, W. d. R.

Blankenburg, 19 1/2 Uhr im Lokal Ring, Dorfstraße 2. Vorführung des Filmes: „Was wir schufen“. Redner: Hermann Harnisch, W. d. L.

Biesdorf, 20 Uhr in der Schillerstraße, Königsstraße 120. Redner: Karl Heitschold.

Mahlsdorf-Süd, 20 Uhr im Lokal „Hubertus“. Redner: Polizeioberst a. D. Dr. Hermann Schilling.

Wittenau, 19 1/2 Uhr in der Gemeindeschule, Rosenthaler Straße. Vorführung des Wahlfilms: „Dein Schicksal“.

## Morgen, Donnerstag, 17. Mai (Himmelfahrt):

Mahlsdorf, 13 Uhr großer Werbezug mit Musik. Aufstellung: Wilhelmplatz in Kaulsdorf. Treffpunkt in Mahlsdorf, Platz an der Ecke Heilersdorf und Hünower Straße 12 Uhr mittags. 15 Uhr Abschlusskundgebung bei Anders, Bahnhofstraße 37. Redner: Bezirksverordneter Carl Witte.

Kaulsdorf, 13 Uhr Treffpunkt: Wassertramp Ecke Friedrichstraße. 13 1/2 Uhr Kundgebung auf dem Wilhelmplatz. Redner: Stadtverordneter Hermann Vempert.

Kaulsdorf-Süd, 17 Uhr im Lokal Heerstraße Ecke Köpenicker Straße. Redner: Stadtverordneter Hermann Vempert.

Buch, 14 1/2 Uhr im Lokal Köpfer, am Bahnhof, Treffpunkt zum Werbezug. Redner: Stadtrat Georg Wendi.

Lindenberg, 15 Uhr im Lokal „Zum goldenen Stern“. Redner: Genosse Talsdorf.

## Männer und Frauen, erscheint in Massen!

Groß-Berlin: Gruppenleiter Organisiert für Donnerstag, 17. Mai (Himmelfahrt), Kundgebungsaktion! Material im Sekretariat Lindenber. 3. — Rein Jungsozialist verabredet am 20. Mai, Wahlarbeit zu leisten. Alle Genossinnen und Genossen sollen sich den zuständigen Parteibehörden zur Verfügung stellen.

Alle Genossen und Genossinnen sollen in den nächsten Tagen den zuständigen Parteibehörden und Kreisen zur Verfügung stehen. Reiner schilt alle Mann an Deck!

Gruppe Reinickendorf-Ost und -West: Sonnabend, 19. Mai, 19 Uhr, beteiligen wir uns an der Demonstration der Partei durch den 30. Bezirk. Die Treffpunkte sind unter „Parteinachrichten“ zu erfahren. Sonntag, 20. Mai, arbeitet jeder in seiner Abteilung mit.

Gruppe Schöneberg: Alle Genossen sollen sich unbedingt an unserer Agitationsarbeit nach Döberitz beteiligen. Treffpunkt Donnerstag 7 1/2 Uhr Götterstr. Borsichpark.

## Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

Kreis Mitte: Donnerstag, 17. Mai, 7 1/2 Uhr, Treffen vor dem Bräuners Bahnhof mit der SPD, zur Wahlarbeit. Treffpunkt 6 1/2 Uhr. Alle Helfer müssen teilnehmen; die Rollen sollten vorher mitbringen.

Kreis Wedding: Beteiligung! Wir treffen uns nicht, wie am Sonntag, am 20. Mai, sondern 3 Uhr morgens zum Spaziergang. Bei schlechtem Wetter kommen wir im Heim Geyang zusammen.

## Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

1. Wk. Unter Genosse Alfred Kistner ist verstorben. Die Beerdigung hat bereits stattgefunden. Unser langjähriger Genosse August Walter ist verstorben. Einbürgerung am Freitag, 18. Mai, 15 1/2 Uhr, im Krematorium Wilmersdorf. Um zahlreichere Beteiligung wird gebeten.

14. Wk. Die Genossen, die sich an der Beerdigung des Genossen Kraftmann beteiligen, treffen sich heute, Mittwoch, 16. Mai, 14 Uhr, bei Götterstr. 24.

17. Wk. Nach Wählerversammlung verstarb unser Genosse Ludwig Reifmann, Geyangstr. 11. Beerdigung Mittwoch, 16. Mai, 16 Uhr, Döberitz, Reinickendorf-West, Blankenb. 12. Um rege Beteiligung wird gebeten.

## Gewinnzahlen

2. Klasse 31. Verlosung-Gewinnzahlen Klassen-Lotterie. Ohne Gewähr. Nachdruck verboten.

Jede gezogene Nummer hat zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

1. Ziehungstag 15. Mai 1928

Da der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 90 M. gezogen

2 Gewinne zu 5000 M.	123659
2 Gewinne zu 2000 M.	332150
2 Gewinne zu 1000 M.	181179
14 Gewinne zu 800 M.	11116 31254 89282 204122 260261 264383 347288
26 Gewinne zu 500 M.	20463 82059 85923 130827 155609 179422 255947 273172 276119 288330 317597 330031 344401
80 Gewinne zu 300 M.	11764 15313 15860 47073 85035 87562 73272 97509 102348 120876 124645 125487 130374 137291 140909 144307 159251 173970 179156 186278 203894 225010 236628 239613 240816 243348 249334 252406 257900 266433 280503 292182 292311 295082 295377 295526 295749 357063 358029 360148
260 Gewinne zu 180 M.	4607 4819 6747 8079 11556 11580 15867 17770 22978 27809 33580 36538 39710 44028 47058 49345 51629 51894 60504 63552 65501 68289 68678 69688 78205 79199 83306 81038 106264 109600 116864 116734 120335 121348 123224 142199 144182 144591 144996 148053 148812 154849 157410 159495 159555 163422 164422 166543 167783 174575 178689 182628 182655 190384 190775 199379 206638 206879 207373 209206 213126 214526 223098 223176 228768 229492 230019 230936 232164 235977 236486 236931 241141 241843 244058 244387 248554 247809 248737 249468 250089 254025 256901 261298 263783 264153 267296 267830 269783 271105 272523 275696 276076 277408 277121 278189 279681 283474 286337 286467 286817 289557 291408 295950 296500 297946 307081 309110 315318 316782 326894 328500 329068 350190 353249 367045 362681 369506 370264 374066 374187

Da der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 90 M. gezogen

2 Gewinne zu 5000 M.	261351
4 Gewinne zu 1000 M.	15896 168666
10 Gewinne zu 800 M.	12404 33514 73575 126253 262306
16 Gewinne zu 500 M.	76164 158709 261452 277136 277540 284142 292288 357260
90 Gewinne zu 300 M.	11706 24583 29500 30745 31207 33556 33959 53667 71538 75085 80538 82977 83731 82739 106653 109449 116391 130003 134317 147960 156824 163131 171832 184863 184997 204671 207994 208145 227075 227104 229137 232637 233637 236554 240445 248720 252868 256473 295889 311725 319706 329190 329666 333069 351450
250 Gewinne zu 180 M.	7423 7961 8361 8462 10363 16168 16412 18495 21424 24155 26586 26963 29099 33793 39761 60970 62481 64139 65015 66306 68671 68656 61876 63707 67772 69247 68702 71873 72638 72801 7

# Bauernhilfe und Konsumentenschutz

## Haben die Zölle der Landwirtschaft geholfen? — Das Getreidemonopol.

Das Bestreben, die landwirtschaftliche Produktion durch immer höhere Zölle auf Lebensmittel zu „schützen“, zieht sich wie ein roter Faden durch die ganze Zeit der Herrschaft des Bürgerblocks hindurch. Nachdem während des Krieges und der Inflation vorübergehend Zollfreiheit auf alle Lebensmittel bestanden hatte, wurden durch die kleine Zolltarifnovelle für den 1. September 1925 die wichtigsten Zölle wie folgt festgesetzt:

Roggen	3.—	Mark
Weizen	3.50	„
Futtergerste	1.—	„
Hafer	3.—	„
Mais	2.—	„

Am 31. Juli 1926 wurden diese Sätze erhöht auf:

Roggen	5.—	Mark
Weizen	5.—	„
Futtergerste	2.—	„
Hafer	5.—	„
Mais	3.20	„

Mitte Juli 1927 wurden wiederum eine Reihe wichtiger Zölle erhöht:

Kartoffeln	von 0,50 M. auf 1.— M. pro dt
Zucker	10.— „ 15.— „
Schweinefleisch	21.— „ 32.— „
Wehl	10.— „ 11,50 „
Industriemais	3,20 „ 5.— „

### Den landwirtschaftlichen Erzeugern sollten die Zölle ausreichende Preise sichern.

Die Masse der Verbraucher wurde durch diese Zölle schwer geschädigt. Die Agrarfachverständigen unserer Partei haben die Mehrbelastung eines Arbeiterhaushalts durch die geplanten Zölle mit 150 M. pro Jahr, d. h. fast 13 M. pro Monat, berechnet. Nicht man aber die Bilanz aus der Zollpolitik der letzten vier Jahre, so ergibt sich, daß die Zölle auch der Landwirtschaft nichts genutzt haben.

Schon bei den Zolldebatten im Jahre 1925 hat die Sozialdemokratie immer wieder darauf hingewiesen, daß eine Besserung der Lage der Landwirtschaft durch Erhöhung des Einkommens der Landwirte mit landwirtschaftlichen Schutzzöllen nicht erreicht werden könne. In allen Diskussionen führten unsere Parteigenossen aus, daß die Getreidezölle für Verbraucher und Erzeuger gleich schädlich sein würden. Mit unglaublicher Leichtfertigkeit wurde von den Zollfreunden behauptet, die Wirkung der Zölle auf die Konsumenten würde nur mäßig sein, eine völlige Auswirkung der Zölle auf das inländische Preisniveau würde überhaupt nicht eintreten. Aber die Zölle haben den Produzenten keine angemessenen und stabilen Preise sichern können, und sie haben die Konsumenten sehr stark belastet.

Im Jahre 1925 sanken die Roggenpreise nach der Zollfestsetzung auf 145 Mark im November gegen 222 bis 212 Mark von Mai—Juni. Im Jahre 1926 hatte die neue Roggenzollerhöhung von 3 auf 5 M. die Wirkung, die infolge der knappen Roggenernie abnehmend stark gestiegenen Roggenpreise noch durch den Roggenzoll zu erhöhen. Im Jahre 1927 kam der erhöhte Zollsatz mit einem außergewöhnlich hohen Weltmarktpreis zusammen, so daß die Roggenpreise über 250 M. stiegen, und das in einem Augenblick, wo Deutschland eine gewaltige Mehreinfuhr an Brotgetreide nötig hatte. Andererseits sanken zu einer Zeit, als die Roggenpreise um 42 Prozent heruntergingen, die Kleinhandelspreise für Roggenbrot nur um 15 Prozent.

Diese Zahlen sprechen für sich selbst. Sie offenbaren, wie vollkommen die Zölle die in sie gesetzten Erwartungen enttäuscht haben, und wie riesengroß der Bankrott des Bürgerblocks auf landwirtschaftlichem Gebiete ist.

### Stabile Preise durch ein Getreidemonopol.

Der Gedanke eines Agrarhandelsmonopols für Getreide ist seit dem im letzten Jahre in Kiel beschlossenen Agrarprogramm eine programmatische Forderung unserer Partei. Immer wieder hat die Sozialdemokratische Partei betont, daß das, worin die Zölle versagen müssen, durch das Getreidemonopol erreicht werden kann: stabile Preise für die Erzeugung bei Vermeidung von Belastungen der Verbraucher. Auch die sozialdemokratischen Parteien in Desterreich und England haben den Plan eines Getreidemonopols in ihre Agrarprogramme aufgenommen. Im Agrarprogramm der deutschen Sozialdemokratie wird gefordert:

„An Stelle der Getreidezölle ist ein Reichsmonopol für die Einfuhr und Ausfuhr für Getreide- und Mühlenprodukte zu schaffen. Für die Preispolitik des Monopols sind durch ein Reichsgesetz bindende Richtlinien aufzustellen, dergestalt, daß dem Erzeuger ein angemessener Ertrag seiner Arbeit und ein Ertrag seiner Aufwendungen gesichert ist, ohne daß dem Verbraucher unnötige Lasten auferlegt werden. Die Monopolverwaltung soll berechtigt sein, ausländisches Getreide zollfrei einzuführen, sie soll verpflichtet sein, auch inländisches Getreide zu erwerben, soweit dies zur Sicherung der inländischen Erntebewegung und zur Stabilisierung der Inlandspreise erforderlich ist. Reichsmittel, die zur Sicherung der inländischen Erntebewegung bisher privaten Stellen gegeben worden sind, werden auf die Monopolverwaltung übertragen. Die Monopolverwaltung hat ausländisches und inländisches Getreide und Mehl zu den Selbstkosten an den Konsum zu Milchpreisen abzugeben.“

Es ist nicht verwunderlich, daß die Agrarier sich dieser unserer

Forderung mit aller Kraft entgegenstellen. Das Agrarhandelsmonopol für Getreide bedeutet eine

### planmäßige Regulierung des Abfahes mit staatlicher Hilfe.

Wenn sie das hören, schwebt ihnen schon das Schreckgespenst einer „Sozialisierung“ vor, und die Großagrarier machen mit diesem Schreckgespenst bei den Bauern ihre politischen Geschäfte. Dabei wird aber vergessen, daß einmal auf industriellem Gebiet schon lange planmäßige Preisregulierungen in großem Ausmaß existieren — man denke nur an Kohle, Eisen, Kali, Stickstoff —, und daß fernerhin sowohl die Kreditvereinigungen für die Landwirtschaft als auch das ganze System der landwirtschaftlichen Zölle einen Eingriff des Staates in die landwirtschaftliche Produktion darstellen, nur in Form von mehr oder minder versteckten Subventionen. Eine Subventionspolitik, die nur in diesem Falle ihr Ziel nicht erreicht, nicht erreichen kann, da sie dazu nicht tauglich ist, während bei einem Getreidemonopol die Landwirte selbst sehr bald begreifen werden, daß staatlich garantierte stabile Getreidepreise die landwirtschaftliche Produktion heben und die Rentabilität des landwirtschaftlichen Betriebes heben werden. Auf diesem Wege wird es zu der vom Bürgerblock gemollten Seigerung der Einkommen der Landwirte kommen, nicht aber durch den Schrei nach Zöllen, die ihre Unfähigkeit, der Landwirtschaft zu helfen, selbst bewiesen haben, und auf diesem Wege nur wird auch den Verbrauchern geholfen werden.

### Das Interesse der Arbeiterschaft und das Interesse der Landwirte an stabilen Getreidepreisen ist gleich groß.

Die Agrarier haben das Recht verloren, sich die Partei der Landwirtschaft zu nennen, nachdem sie nun schon jahrelang das böse Spiel mit den Agrarzöllen treiben. Es ist Dummheit oder Schlichtheit, daß sie und mit ihnen der ganze Bürgerblock das noch weiter getan haben, nachdem die schlechten Erfahrungen mit den landwirtschaftlichen Zöllen allgemein bekannt waren. Es bleibt das Verdienst der Sozialdemokratie, den Finger auf die Wunde gelegt und den Weg zur Heilung gezeigt zu haben. Mögen die Bauern daraus lernen!

### Preußen schafft — Landbund schimpft.

In seinem Kampf gegen die preussische Regierung ist dem Reichslandbund jedes Mittel recht. So veröffentlicht er jetzt einen Artikel, in dem der preussischen Staatsregierung der Vorwurf gemacht wird, in der Hergabe von Domänenland zu Siedlungszwecken sehr Inauserig gewesen zu sein. So seien von Preußen noch nicht 10 Proz. staatlichen Domänenlandes für Neusiedlungen zur Verfügung gestellt worden.

Kurzlich schlägt diese Behauptung den Tatsachen ins Gesicht. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst auf Grund genauer Angaben des preussischen Landwirtschaftsministeriums mitteilt, ist seit dem Kriege der staatliche Domänenbesitz in weitem Umfange zur Siedlung herangezogen worden. Allein von 1920 bis 1926 sind 85 geschlossene Domänen mit mehr als 30 000 Hektar Domänenland zur Verfügung gestellt worden. Insgesamt hat die Preussische Domänenverwaltung rund 23 Proz. ihres gesamten Bestandes für Siedlungen hergegeben. Die Bedeutung dieses Bestandes geht aus besten daraus hervor, daß bis 1925 schon fast ein Drittel der neu besiedelten Flächen aus staatlichem Besitz stammen.

Es ist kaum anzunehmen, daß dem Reichslandbund dieses Material der preussischen Regierung nicht bekannt sein soll. Viel näher liegt die Annahme, daß er die Tatsachen in seiner bekannten demagogischen Art bewußt verdreht hat, um das Landvolk gegen die preussische Regierung aufzuheizen. Die Herren mögen sich beruhigen. Die preussische Staatsregierung läßt ihre Taten für sich sprechen und hat es daher nicht nötig, auf Bauernfang auszugehen. Diese heuchlerische Tätigkeit überläßt sie gern den großen Herren vom Reichslandbund, die nach dem 30. Mai sich sehr klein wiederfinden werden.

## Die Herrschaft der Großen.

### Großgrundbesitz und Bauernland in Pommern.

In den vier vorpommerschen Kreisen — das entnehmen wir ausgerechnet einem Reichslandbunds-Kalender — verteilt sich der Boden auf landwirtschaftliche Güter und auf Bauernland in Gemeinden folgendermaßen:

Landwirtschaftl. Güter			Bauernland der Gemeinden.		
Anzahl der Güter	Fläche in Hektar	Einwohnerzahl	Anzahl der Gemeinden	Fläche in Hektar	Einwohnerzahl
<b>Kreis Franzburg.</b>					
171	100 145	18 312	46	20 122	26 196
<b>Kreis Greifswald.</b>					
198	81 234	17 693	40	17 276	12 374
<b>Kreis Grimmen.</b>					
162	78 781	18 024	51	21 487	11 608
<b>Kreis Rügen.</b>					
327	71 102	19 170	73	17 085	28 493
758	326 262	73 199	210	76 970	78 671

Der Großgrundbesitz verfügt in den vier Kreisen Franzburg, Greifswald, Grimmen und Rügen hiernach über 326 262 Hektar, die auf 758 einzelne Güter verteilt sind.

Bauernland dagegen ist in 210 Gemeinden nur 76 970 Hektar vorhanden.

Der Großgrundbesitz verfügt über 80,8 Prozent, der bäuerliche Besitz (unter 100 Hektar) nur über 19,2 Proz. der gesamten Besitzfläche der vier Kreise.

Auf noch nicht dem fünften Teil jener Gesamtfläche, also dem bäuerlichen Besitz, wohnen und ernähren sich 78 671 Menschen, auf dem viermal größeren Besitz der Großgrundbesitzer jedoch wohnen und ernähren sich nur 73 199 Menschen, also noch nicht einmal soviel wie auf der nur ein Viertel so großen Fläche Bauernland.

Allerdings ist nicht aller Großgrundbesitz in Händen von privaten Eigentümern. Von den 326 262 Hektar gehörten im Jahre 1925 dem Staat 56 206 Hektar als Domänen, die an Großgrundbesitzer verpachtet sind, Städtgemeinden gehören 22 419 Hektar, Universitäten 14 168 Hektar, Kirchen und Klöstern 11 012 Hektar, Siedlungsgesellschaften 11 660 Hektar.

In den Händen von privaten Großgrundbesitzern waren aber 210 797 Hektar, das ist noch immer mehr als zwei Drittel des vorpommerschen Großgrundbesitzes überhaupt.

So ist es in Pommern mit Bauernland und Großagrarieland. Im ganzen Osten ist es ähnlich. Die Bauern sollen aber glauben, daß es daselbst ist, wenn, wie in Pommern, 79 000 Menschen von 77 000 Hektar leben oder 700—800 Gutsherren von 326 000 Hektar. Das ist das Bauern-Einmaleins, wie es die Herren Großagrarien und Reichslandbundler für den Bauernfang zurechtgemacht haben. Wer fällt auf den Schwindel herein?

## Reichskabinett und Tarifierhöhung.

### Wie viel flüssige Mittel hat die Reichsbahn?

Das Reichskabinett wird heute vormittag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers zu einer Sitzung zusammentreten, um sich vor allem mit dem Antrag der Reichsbahngesellschaft auf Tarifierhöhung zu beschäftigen.

Einer Frage wird das Reichskabinett bei der Prüfung der Reichsbahntränge seine besondere Sorgfalt zuwenden müssen. In Geldverlegenheiten kann die Reichsbahn sicher nicht sein. Ein Ueberblick über die in der Denkschrift selber nicht nachgewiesene Höhe der flüssigen Mittel läßt Beträge vermuten, die nicht weit von einer halben Milliarde entfernt sein können. Vorübergehende Ausgabensteigerungen können der Reichsbahngesellschaft also keine finanziellen Sorgen bereiten.

## Bei Pintsch um 3 Proz. höhere Dividende

Anständige Arbeitsbedingungen zu gewähren, schien der A. Pintsch A.-G. in den letzten 1 1/2 Jahren außerordentlich schwer zu fallen. In den Gewinnen, die die Gesellschaft gemacht hat, hat das aber keine Rolle gespielt. Es wird nämlich aus der Aufsichtsratsitzung mitgeteilt, daß die Julius Pintsch A.-G. die 4 Proz. Dividende in den Jahren 1924 und 1925 und 5 Proz. Dividende im Jahre 1926 verteilte, für 1927 ihre Dividende auf 8 Proz. erhöhen wird.

## Das ist Euer Werk.

### Prachtvolle Entwicklung der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine.

In den Konsumgenossenschaften und ihrer Zentrale, der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine in Hamburg, sind die organisierten Verbrauchermassen am längsten und am kräftigsten zu ihrem eigenen Unternehmer geworden. Der Geschäftsbericht der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine für das Jahr 1927 lehrt in eindeutigen Zahlen, wie prachtvoll sich diese Zentrale genossenschaftlicher Selbsthilfe der werktätigen Massen im vergangenen Jahre weiter aufwärts entwickelt hat.

Der Gesamtumsatz der G.E.G. ist von 294,17 auf 373,04 Millionen gestiegen (1925 erst 228,17 Millionen!). Die 32 anerkannt musterfähigen Fabriken der G.E.G. haben trotz der Steigerung dieses Umsatzes ihren Anteil noch von 15,52 auf 16,93 Proz. erhöhen können, was einer Erhöhung des Umsatzes von Eigenprodukten von 43,67 auf 63,14 Millionen Mark entspricht.

Bei den angeschlossenen Konsumvereinen war der Gesamtumsatz von 813,4 auf 990,5 Millionen Mark gestiegen. Der Anteil der von den Vereinen bei der G.E.G. bezogenen Waren stieg trotzdem noch von 35,6 auf 36,8 Proz. Pro Kopf aller Mitglieder des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine wurden für 20,57 Mark selbsthergestellte Produkte der G.E.G. gekauft gegenüber nur 14,28 Mark im Jahre 1926, was einer Steigerung von 44 Proz. entspricht!

In den 32 Fabriken hat sich die Zahl der Arbeiter und Angestellten Ende 1927 gegen das Vorjahr um 1163 auf 4561 Personen erhöht, und von den 32 Fabriken war nur eine, und zwar die Kanabafabrik in Nordhausen, die einen geringeren Umsatz als 1926 hatte. Das aber ist an sich kein Unglück; das „Priemen“ macht die Menschen nicht glücklich. Im Übrigen geht die Kantabafabrik im ganzen zurück.

Ganz gewaltige Massen von Lebensmitteln wurden in der G.E.G. umgesetzt: 1,39 Millionen Doppelzentner Brotgetreide und Mehl, das sind 25 Proz. mehr als ein Jahr vorher, 27 500 Tonnen Margarine (6,5 Proz. mehr), 5717 Tonnen Butter (32 Proz. mehr), 43 700 Tonnen Heringe (21 Proz. mehr), 7921 Tonnen Reis (17 Proz. mehr), 5936 Tonnen getrocknete Früchte (31 Proz. mehr), 30 000 Sack Kaffee (23 Proz. mehr) und schließlich für 16,55 Millionen Mark Legis- und Schuhwaren (52 Proz. mehr)!

In den Sparkassen der Konsumvereine hat sich seit Ende



# ZU PFINGSTEN



# SALAMANDER

DAS ERZEUGNIS DER GRÖSSTEN DEUTSCHEN SCHUHFABRIK

1925 die Summe der Spareinlagen von 83 auf 207 Millionen Mark erhöht, sie sind im Jahre 1928 weiter beträchtlich gestiegen. Die Umsätze der Bankabteilung der G.C., der Zentrale der Konsumvereinspartei, sind seit 1924 von 915 auf 2543 Millionen gestiegen.

Dass diese Entwicklung bei der G.C. auch hoch erfreulichen klingenden Erfolg bringen musste, ist klar. Die Warenschulden der G.C. sind mit 16,8 Millionen Mark minimal und nach etwas niedriger als die sicher nicht zu hoch bewerteten Warenbestände, die in der Bilanz mit 17,4 Millionen Mark erscheinen. Im Jahre 1926 waren die Reserven von 2,59 auf 10,49 Millionen Mark erhöht worden. Sie können aus dem Gewinn von 1927 weiter um 3,30 auf 13,79 Millionen Mark gesteigert werden, so dass der Ausdehnung der eigenen Produktion und des Eigenhandels, abgesehen von den 76,5 Millionen Banteinlagen der Konsumvereine, aus früheren Gewinnen sehr beträchtliche Mittel zur Verfügung stehen. 1927 wurde die neue große Mühle in Magdeburg in Betrieb genommen und die größte deutsche Fleischfabrik (Wölfs L.G., Oldenburg) gekauft.

In der Gewinnrechnung erscheint ein Bruttoertrag von 19,59 Millionen Mark, aus dem 7,61 Millionen für Löhne und Geschäftsumkosten verwendet wurden, 1,70 Millionen für Grundstücke-erwerb und Gebäude, 7,75 Millionen aber zu Abschreibungen, d. h. zur teilweisen starken Erhöhung des inneren Wertes der Grundstücke, Gebäude und Fabriken Verwendung fanden. Aus dem Reinerlös von 3,76 Millionen Mark kommen 5 Proz. auf die Vergütung von rund 9,08 Millionen Mark eingezahlten Stammanteilen der Genossenschaften, die bekanntlich im Jahre 1927 von 10 auf 15 Millionen erhöht wurden und nur noch nicht voll eingezahlt sind.

Das ist eine Entwicklung, die die Millionenmassen der Werttätigen in den Konsumvereinen mit Stolz erfüllen darf. Immer stärker nimmt das Heer der Werttätigen sein Verbraucherselbst in die Hand, und es ist nur zu hoffen, dass am kommenden Wahltag der Schritt zur Eroberung der politischen Macht ebenso groß wird wie der Fortschritt, den die Klassen der Verbraucher 1927 auf dem Wege zur wirtschaftlichen Selbstbefreiung machen konnten.

**Erhöhte Gewinne bei den Ber. Berliner Mörtelewerken.** Die Ber. Berliner Mörtelewerke L.G. besitzt in dem Baumarkt der Reichshauptstadt Berlin ein Absatzgebiet, das ihr sichere Gewinne garantiert. Dies um so mehr, als das Unternehmen so gut wie keine Konkurrenz zu befürchten braucht. Die Gesellschaft hat daher auch im vergangenen Jahr aus der Belegung des Berliner Baumarktes entsprechenden Nutzen gezogen und zahlt aus einem etwas erhöhten Reingewinn wiederum 6 Proz. Dividende. Trotz erhöhter Umsätze ist die Verwaltung mit dem Geschäftsjahr nicht zufrieden und klagt über die Finanzierungs-schwierigkeiten auf dem Baumarkt. Dass die Direktion bei diesen Klagen eher an die entgangenen Gewinne als an die Wohnungsnot der Massen denkt, braucht nicht besonders erwähnt zu werden. In der Bilanz fällt die fortschreitende Motorisierung des Fuhrparks auf. Fast 100 000 M. wurden für Erweiterung des Autoparks, außerdem aber rund 50 000 M. für Gespanne aufgewendet. Trotz dieser hohen Ausgaben ist die Gesellschaft in ihren Betriebsmitteln sehr flüssig, da mit 730 000 M. die Forderungen und Bankguthaben die Verpflichtungen um das Doppelte übersteigen. Der milde Winter hat im neuen Jahr erhöhte Umsätze zur Folge gehabt.

**Retordaufträge bei Hirsch-Kupfer.** In den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres hat sich nach Mitteilung in der Generalversammlung die Betriebslage noch bedeutend verbessert, so dass am 1. Mai ein Retordauftragsbestand zu verzeichnen war und volle Beschäftigung für die nächste Zeit gesichert ist. Der technische Ausbau des Oberwälder Wertes wird fortgesetzt, so dass eine Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Betriebe, die zurzeit 3500 Tonnen beträgt, zu erwarten ist. Für die Finanzierung der erhöhten Umsatztätigkeit ist zunächst keine neue Kapitalbeschaffung vorzusehen, da der Konzern noch über genügend eigene, veräußerliche Werte verfügt. Nach diesen Erklärungen zu urteilen, befindet sich die Metallhüttenindustrie noch in der hochkonjunktur, für deren Nachlassen scheinbar keinerlei Anzeichen vorliegen.

**Kapitalhunger der Zementindustrie.** Der führende westdeutsche Zementkonzern, die Widlingische Portland-Zement- und Ballefaktwerke L.G. in Münster beabsichtigt ihr Kapital von 20 auf 31 Millionen Mark zu erhöhen. Welche Zwecke dieser Konzern, dessen diktatorisches Auftreten in der Zementindustrie zur Genüge bekannt ist, mit dieser Stärkung seiner Betriebsmittel verfolgt, ist noch nicht ersichtlich. Nähere Erklärungen wird die Verwaltung aber den neugierigen Aktionären auf der Generalversammlung am 31. Mai wohl oder übel abgeben müssen.

**Englands Kohlenexport sinkt. Nach Deutschland steigt er aber!** Wie gemeldet wird, hat England in den ersten vier Monaten 1928 nur 15,74 Millionen Tonnen Steinkohle ausgeführt gegenüber 17,20 Millionen in der gleichen Zeit des Vorjahres. Der Wert der Kohlenexporte ist von 16,5 auf 12,4 Millionen Pfund Sterling, also noch stärker, zurückgegangen. Im Monat April 1928 lag der mengenmäßige Rückgang mit 10 Prozent über dem Durchschnitt und der wertmäßige mit 23 Prozent nur ganz wenig unter dem Durchschnitt der vier Monate. Zurückgegangen sind hauptsächlich die Exporte nach Frankreich, Holland, Dänemark, Italien und Spanien, während Deutschland zu den wenigen Absatzmärkten Englands zählt, die ihren Kohlenbezug von England noch gesteigert haben. Begreiflich wird daraus die rapide Steigerung der Syndikatumlage im rheinisch-westfälischen Kohlenindustrialdistrikt, die ja der Bekämpfung des englischen Kohlenimportes dient; zugleich wird aber auch die Unmöglichkeit offenbar, mit Preiserhöhungen im Inland die allgemeine Abfallage der deutschen Steinkohle, besonders gegenüber England, zu verbessern.

**Griechenland hat seine Währung stabilisiert.** Durch ein Dekret hat nun auch Griechenland die rechtliche Stabilisierung seiner Währung vorgenommen. Ein Pfund Sterling = rund 20 Mark wird 575 griechischen Drachmen entsprechen, was rund 18,75 Drachmen für 1 Mark bedeutet.

# Der Kampf in der Rheinschiffahrt!

Auch die ausländischen Fahrzeuge stillgelegt!

Duisburg, 15. Mai. (Eigenbericht.)

Bekanntlich haben die deutschen Rheinreederei und Besizer der Umschlagbetriebe in den deutschen Rheinhäfen ihre Arbeiter ausgesperrt. Die nicht ausgesperrten Arbeiter sind zugunsten ihrer ausgesperrten Arbeitskollegen in den Streik getreten. Ausgenommen von der dadurch herbeigeführten Stilllegung der Betriebe blieben die Unternehmungen der ausländischen Firmen.

Die ausgesperrten Rheinschiffahrts- und Umschlagfirmen haben, wie nunmehr festgestellt wurde, ihre Güter vielfach mittels dieser ausländischen Verkehrs- und Betriebsmittel befördern und umschlagen lassen.

Um diesem Spiel ein Ende zu machen, hat die Vertretung der Aussperrten und der im Solidaritätsstreik stehenden Arbeiter beschlossen, vom 15. Mai ab jegliche Arbeit auch an Fahrzeugen ausländischer Nationalität einzustellen.

Das bedeutet die effektive Stilllegung jeglichen Umschlagbetriebes in allen deutschen Rheinhäfen. Koststandsarbeiten werden von der Arbeiterschaft nach wie vor verrichtet.

Von dieser überaus scharfen Maßnahme ist die deutsche Personenschiffahrt ausgenommen. Für sie ist neuerdings ein Tarifvertrag abgeschlossen worden, der Lohnerhöhungen vorsieht. Ebenso ist ausgeschlossen die Pakerei und deren Umschlagbetriebe, soweit sie Packgut verarbeiten. In den Werkschiffen im Duisburger Bezirk bleibt es bei den mit der Arbeiterschaft getroffenen Vereinbarungen.

## Der Unfug der „Einstweiligen Verfügung“.

Ein Reinfall der Unternehmer.

Vor einigen Tagen wurde gegen drei Angestellte des Deutschen Verkehrsverbundes in Duisburg eine einstweilige Verfügung erteilt, die ihnen unter Androhung hoher Geldstrafen verbietet, die Bewegung des ausgesperrten Rheinschiffahrtspersonals und der Hafenarbeiter auch nur in etwas zu fördern oder zu unterstützen.

Durch diesen Erfolg ermutigt, hat auch der Arbeitgeberverband für das Handels- und Transportgewerbe in Düsseldorf sich zwecks Erlangung einer einstweiligen Verfügung an das hiesige Arbeitsgericht gewandt, und zwar mit dem Antrag:

dem Deutschen Verkehrsbund auf dem Wege der einstweiligen Verfügung folgendes aufzugeben bzw. zu verbieten zur Vermeidung der im § 890 ZPO. angedrohten Strafe.

I. Aufgegeben: a) Den seit dem 5. Mai d. J. ausgebrochenen und unter seiner Leitung stehenden Streik seiner im Düsseldorfer Hafen als Transportarbeiter beschäftigten Verbandsmitglieder sofort wieder aufzugeben.

b) Die bestehende Streikleitung, insbesondere auch das im Düsseldorfer Hafen von ihm errichtete Streikbureau sofort aufzulösen und keinerlei neue Streikleitungen aus dem Streik seiner Mitglieder zu schaffen.

c) Jede irgendwie geleistete Unterstützung der am Streik Beteiligten zu unterlassen und

d) seine Verbandsmitglieder auf Einhaltung ihrer Verpflichtungen aus dem Tarifvertrag, d. h. zur vertragsmäßigen Arbeitsleistung anzuhalten.

II. Verbieten: a) Neue Streiks, Teilstreiks, Streikposten, Behinderung von Arbeitswilligen oder sonstige Maßnahmen seiner Mitglieder wegen etwaiger Fortsetzung des Streiks zu beschließen, zu eröffnen oder dabei mitzuwirken.

b) Jegliche Maßnahmen zur Unterstützung seiner streikenden Verbandsmitglieder vorzunehmen.

Weiterhin wird beantragt, die Kosten des Verfahrens dem Deutschen Verkehrsbund, Ortsverwaltung Düsseldorf, aufzuerlegen.

Der Antrag wurde noch weiter begründet und gefordert, mit Rücksicht auf die Dringlichkeit die Einlassungsfrist auf 12 Stunden abzurufen. Der Termin, der am 11. Mai 1928 am Arbeitsgericht zu Düsseldorf anstand, endete nach vierstündiger Verhandlung mit dem Ergebnis:

dass der Antrag des Großhandelsverbandes Düsseldorf abgewiesen wurde.

Als Begründung wurde ausgeführt, dass der Streik ein rechtlich erlaubtes Mittel ist, das die Arbeitnehmer angewandt haben. Ein Tarifvertrag könne daraus nicht ersehen werden, weil die Ursache der Arbeitsverweigerung der Düsseldorfer Hafenarbeiter mit dem Tarifvertrag der Hafenarbeiter nichts zu tun habe. Der Grund zur Arbeitsverweigerung, der aus einem anderen, und zwar zweiten Tarifvertrag hergeleitet ist, war berechtigt. Die Klage wurde auf 4000 M. angelegt, die Kosten des Verfahrens auf 61 M., die der Antragsteller zu tragen hat.

Während der Verhandlungen wurden vom Vorsitzenden des Arbeitsgerichts auch die in Duisburg ergangenen einstweiligen Verfügungen angezogen und die Bemerkung daran geknüpft, dass gegen die Verfügungen schon Berufung eingelegt worden sei.

Eine gründlichere Abfuhr konnten sich die Unternehmer nicht holen.

## Massenkündigungen im Ruhrbergbau.

Im Ruhrbergbau gibt es heute bereits eine ganze Reihe von Schachtanlagen, auf denen je 20 bis 100 Mann gekündigt worden ist. Das hat unter den Bergarbeitern große Erregung hervorgerufen.

Gegen diese Massenkündigungen hat der Bergarbeiterverband inzwischen in einem scharfen Protest Stellung genommen. Der Verband weist darauf hin, dass zumindest die bis jetzt ausgesprochenen Kündigungen nichts mit einer Infolge des letzten Schiedsspruchs notwendig gewordenen Zwangsmassnahme zu tun haben können; denn diese Kündigungen wurden ausgesprochen zu einer Zeit, zu der von einer Auswirkung des Schiedsspruchs noch gar nicht die Rede sein konnte.

Der Schiedsspruch, d. h. die Lohnerhöhung, konnte keinen Einfluss auf das Kohlegeschäft haben, solange sich in der Preisbildung nichts geändert hatte. Die Preiserhöhung kam aber erst, als bereits ein großer Teil der Kündigungen ausgesprochen war. Die Kündigungen sind also vollkommen willkürlich vorgenommen worden. Sie sind Tendenzmaßnahmen, die den Forderungen auf Kohlenpreiserhöhung Nachdruck geben sollten. Die Kündigungen haben allem Anschein nach rein betriebspolitische Gründe, d. h. der gegenwärtige Stand der Mechanisierung und Technisierung erlaubt es, gleiche Förderleistungen mit weniger Arbeitern zu erzielen.

Mit den Kündigungen will man die Lohnpolitik der Arbeiter diskreditieren. Zugleich erweckt man den Anschein, als ob die vereinzelt eingeleiteten Fehlerschichten eine Folge der letzten Lohn- und Preisbildung seien. Diese haben aber zweifellos vorerst ihre Ursache in der Aussperrung der Rheinschiffahrt, durch die die Transportmöglichkeit der Ruhrkohle stark beeinträchtigt wird.

Der Bergarbeiterverband erhebt daher vor allem scharfsten Protest dagegen, dass die Kündigungsmaßnahmen mit der letzten Tarifbewegung der Ruhrbergarbeiter in Verbindung gebracht werden, weil darin eine willkürliche Umkehrung der tatsächlichen Verhältnisse liegt. Es sei ein glatter Schwindel, wenn man glauben machen wolle, dass nur durch solche Entlassungen die Aufrechterhaltung einer rentablen Vedenwirtschaft möglich sei. Trotz Schmalendach-Gutachten und trotz des Schiedsspruchs hätten die vorgenommenen Kündigungen durchaus nicht zwangsläufig erfolgen müssen.

Rein Bergarbeiter, so schließt der Protest des Bergarbeiterverbandes, hätte seine Arbeitsstelle zu verlieren brauchen, wenn sich der Privatkapitalismus die Auflösung zu eigen machen könnte, dass die Wirtschaft um des Menschen willen da ist und nicht umgekehrt.

## Die Lehren eines Streiks.

Wie die schlesischen Granitarbeiter siegen.

Von der Gausleitung in Wagnitz des Zentralverbandes der Stein-arbeiter wird uns geschrieben:

Nach rund neun Wochen dauerndem Kampf wurde die Arbeit in der schlesischen Granitindustrie von den 7000 streikenden Stein-arbeitern wieder aufgenommen, nachdem eine Schlichterkammer auf Veranlassung des Reichsarbeitsministeriums einen Schiedsspruch ge-

fällt hatte, dem sich beide Parteien vorweg zu unterwerfen verpflichteten. Der Schiedsspruch dieser zweiten Kammer ist mit Ausnahme dreier Positionen die Wiederholung des ersten Spruches, der von den Unternehmern abgelehnt, von den Arbeitern im Interesse des Friedens angenommen worden war. Nur abzuwehren war die Frage eines Unternehmers bei Abschluss der Schlichterkammerführung: „Kun möchte ich wissen, warum wir ausgesperrt haben!“

Das Gros der Unternehmer wollte die geschlossene Arbeiterfront sprengen, um für spätere Zeiten ganz nach Willkür schalten und walten zu können. Trotz all den am Anfang des Kampfes durch zu große Hitzköpfe in der eigenen Reihe erzeugten Hemmungen standen die 7000 Kollegen nach wenigen Tagen geschlossen und zielbewusst hinter der gewerkschaftlichen Führung. Nur diesem Umstand ist es zu verdanken, dass die Ziele der Unternehmer nur Wahnidee geblieben sind.

Bedauerlich ist dagegen, dass ein Teil der politisch zur K.P.D. zählenden Kollegen glaubten, den Unternehmern nützen zu sollen, indem sie in Versammlungen, vor allem aber in ihrer Ausschauung während des Kampfes die leitenden Kollegen beschimpften und Misstrauen säten. Allen Tatsachen zuwider schrieb man, dass die Streikunterstützungslage derart niedrig sei, dass die Kollegen nicht mehr standhalten könnten! Da dieses Geschreibsel in der sechsten Kampfwocche erfolgte, kam es einer Aufforderung zum Streikbruch gleich, insbesondere für diejenigen, die vorher nicht die richtige Beitragshöhe eingehalten hatten. Dass man auch schrieb, dass der Gausleiter anscheinend vierteljährlich 5000 Mark Gehalt bezöge (!), war schließlich auch nicht dazu angehen, das gegenseitige Vertrauen zu erhöhen. Karikaturen auf den Gausleiter standen auf demselben Niveau. Das schlimmste, was man sich leistete, war, dass man die Veruche des Gausleiters, einen erfolgsbringenden Abschluss des Kampfes herbeizuführen, im entscheidenden Moment den Unternehmern denunzierte! Diese Strategen delegierten notorische Feiglinge und Betrüger in die internen Konferenzen, so dass, um ohne Gefahr des Verrats beraten zu können, die Gausleitung dazu übergehen musste, die Delegierten selbst zu bestimmen! Frühere Stahlhelmer, die jeden Rechtsstahelmer aus dem Betrieb jagen wollten, auf den Knien unter Tränen um Arbeit bittende Arbeiter, sollten die Vertrauensleute der Kollegen sein!

In den abschließenden Versammlungen wurde die Lehre aus dem Kampf gezogen, dass es in Zukunft einigen unüberlegten Hitz- und Wirrtöpfen nicht mehr gelingen darf, gegen die selbstgewählte und die Verantwortung tragende Führung einen Kampf stülps und zur Unzeit zu entfachen. Die aus politischen Gründen am Anfang aufzuklauten Strategen und Streikfreikonten nahmen diese Parolen sehr feinsaut auf, merkten sie doch, dass ihnen trotz aller Verleumdungen die Helle davon geschwommen waren. Die Lehren aus diesem wirtschaftlichen Kampf müssen von den Kollegen auch auf den politischen Kampf übertragen werden. Deshalb alle Hände ans Werk, um am 20. Mai die einzige wahre und ehrliche Arbeiterpartei zum Siege zu führen und das ist die Sozialdemokratische Partei, deren Presse auch an dieser Stelle für die gewährte verständnisvolle Unterstützung Dank gesagt sei.

Die Gehälter der Angestellten in der nordwestlichen Gruppe der Eisenindustrie sind auf dem Wege der Einigung mit den Angestelltenverbänden geregelt worden. Die tariflichen Mindestlöhne werden ab 1. Mai in den Hauptgruppen um etwa 6,5 Proz. erhöht.



Gedeckter Apfeikuchen

Gala-Schokoladenpudding

# Kleine Aufmerksamkeiten

erfreuen immer. Am liebsten werden sie aber dann empfangen, wenn die Bedachten wissen, dass es mit Liebe und aus eigener Kraft geschah. Ihnen, verehrte Hausfrau, ist es leicht gemacht, Ihren Kreis oft durch kleine Aufmerksamkeiten zu erfreuen, denn ein selbstgebackener Kuchen oder ein herrlicher Oetker-Pudding wird immer ansprechend, schmackhaft und doch preiswert sein. Dr. Oetker's Backpulver, Puddingpulver, Vanillin-Zucker, Gustin usw. sind in allen Geschäften stets frisch zu haben. Viele neue wertvolle Anregungen zum Backen bietet Ihnen das neue farbtig illustrierte Oetker-Rezeptbuch, Ausgabe F, das für 15 Pfg. in allen Geschäften erhältlich ist. Sie erfahren aus dem Buch noch Näheres über den vorzüglichen

Backapparat „Küchenwunder“, mit dem Sie auf kleiner Gaskocherflamme backen, braten u. kochen können. In vollständig neuer Bearbeitung ist Dr. Oetker's Schalkochbuch, Ausgabe C, wieder erschienen. Das Buch ist mit seinen ca. 500 Koch-, Back- u. Einmachrezepten u. vielen farbigen Tafeln jeder Hausfrau und besonders den angehenden ein guter Ratgeber für die Haushaltsführung. Es berücksichtigt die veränd. wirtsch. Verhältnisse, sowie die neuen Forschungsergebnisse d. der Ernährungswissenschaft. Wenn nicht vorrätig, ist das 150 Seiten starke Buch in dauerh. Pappband geg. Eins. von 30 Pfg. in Marken von mir portofrei zu beziehen.

Dr. August Oetker, Bielefeld.

## Geschichte eines Hundeproleten.

Von Anni Hollar.

Auch dies ist für mich Südbec.  
Wenigstens in der Erinnerung.  
Denn alle Erinnerung ist so, daß man sie nicht freiwillig auswählt. Sondern daß sie nach unbekanntem Gesetzen uns aufgezungen wird. Nicht einmal nach Wichtigkeit, Tiefe des Empfindens, Bedeutung und Erlebnisstärke. Sondern ganz Neben-sächliches bleibt haften, niemand weiß, warum. Wird durch Jahre und Jahrzehnte mitgeschleppt. Unvergessen, trotzdem es nichts mit uns zu tun hat. Gar nichts. Oder doch?

So eine Geschichte ist die des kleinen No-room.  
Es ist nicht einzusehen, warum ich sie nicht vergessen kann. . . .  
Da ist noch die sonnenvolle, staubheißige Straße, die aus der Stadt führt. Japaner fahren, nein, rasen in Autos vorbei. Raum, daß man die gelblichen Gesichter sieht. Der jüngste unserer malayischen Dienerschaft vernimmt sich mit Radfahrkünsten und bemüht sich, den Autos zwischen die Räder zu geraten. Er ist ein flinker, kleiner Junge, dieser Guratti und seine Hose ist durchaus nicht immer so weiß, wie seine Zähne. Bis jetzt gelang es ihm noch nicht, sich und sein Rad mit Hilfe eines Salto mortale überfahren zu lassen. Aber wer weiß, was der Gott der malayischen Diener über ihn beschloßen hat.

Draußen glüht in dieser Nachmittagsstunde weißerblau das Riff. Darüber ragen die Hügel der Bognoinfel Kou auf. Das Bagno ist die Sensation von Koumba, selbst jetzt noch, da es offiziell seit Jahren aufgelassen ist. Denn aus unerforschlichen Quellen gehen immer noch Gerüchte um, heute nacht sei der und der Geheimtränke trotz der heißen durch die Bagnine schwimmend geflüchtet. Ich denke mir, die Weisen von Neukaledonien — wann wird es wieder Balobea heißen? — haben Freude an solchen Gerüchten. Kein Gott, das Bächlein interessanter Nachrichten, dessen jede Junge bedarf, fließt gar so dünn auf all diesen europäerfüllten Inseln.

Aber ich wollte ja vom kleinen No-room erzählen.  
Wir gingen an jenem Nachmittage in dem langsam schleppenden Schritt jener Zone, da man die Schültern und seinen ganzen Körper mit Hitze bis zum Ueberdruß beladen läßt, zu unserem Hotel zurück. Ueber uns, in den rotblühenden Bäumen, schlug die erste flackernde Junge des kommenden Sonnenunterganges vom Westen herauf.

Pflichtig trabte ein kleines, dunkles Etwas neben uns durch den aufstrebenden Staub. Ein Hund.  
Kein Rassehund. — Gott bewahre!

Ein Geschöpf, unerkennbar in seiner Abstammung. Es hätte allenfalls auch einen stehenden Schwanz zum Großvater und irgendein halbafrikanisches als Ahnfrau haben können. Denn alles, was in Europa an Hundemischblut die Gassen verunziert, wird noch weit übertroffen von dem, was die Tropen daran hervorbringen.

Nur eines ist fast allen dieser unbefehlbaren Räter und vierbeinigen Strauchhunde gemeinsam: eine große, unüberwindliche Scheu vor dem Menschen. Sie gehen ihm aus dem Weg, wo und wie sie können. Kein Zweifel, sie werden wissen, warum. Der Kolonialseuropäer ist kein sentimental Herr. Seine halbblütigen Nachkommen sind es noch weniger.

Insofern war also das Benehmen des kleinen, dunklen Wesens erstaunlich und abweichend.

Wir gingen weiter, bruch der Ebbe vom Meer herein. Jemand, aus einem Garten, ein Banjo.  
Das kleine Tier lief tapfer mit.

Wir redeten es an.  
Es blieb stehen, schaute aus einem pinscherschmalen Kopf mit zwei schwarzen, glänzenden Augelaugen ehrfürchtig und vertrauensvoll. Dann bellte es mit einem dünnen, heiseren Stimmchen, aber nur ganz bescheiden, wie jemand, der kurz Antwort gibt.

Wir logten, es möge heimgehen. Wir könnten es nicht mitnehmen.

Sein Fell starrte von Schmutz. Gestank ging von ihm aus. Er war vermahrlost, der kleine Kerl, seit langen, ohne Zweifel. Aber er machte sich nichts aus unserer Abfolge.

Als wir weiter gingen, ging er mit.  
„No-room! No-room! Wir haben keinen Platz für dich!“

Seine Augelaugen glänzten noch stärker. Er beachtete die rüdwärtswendende Hand gar nicht. Man hätte Steine auf ihn werfen können. Natürlich. Aber er sah so armseelig aus. Man erkannte die Rippen an ihm wie die gebogenen Südbchen eines winzigen Karbes. Sein struppiger Rücken war von spitzen Wirbeln besetzt. Er hatte sicherlich nichts als schlechte Erfahrungen gemacht. Trotzdem brachte er nach das Vertrauen zu fremden Menschen auf.

Kurz . . . er ging mit.  
Beim ersten Bissen winkelte er vor Freude. Seine dünnen Klauen blähten sich hoffnungsvoll.

Wir empfahlen ihm dem chinesischen Koch und seinem Küchenjungen.

„Wie heißt er, Herr?“  
„Sag No-room! Oder wie du willst.“

Der kleine No-room — denn der Name blieb ihm — fraß. Er fraß unermesslich. Nichts verschmähte er. Reis, Reste von Currysaucen, Fischköpfe, Ananasrinden, Krabbenbeine, Schalen von süßen Karioffeln, die schwarze, horkige Haut der Südfleischweine, die ganz in die Küche als Braten geliefert wurden. Zuerst schwoll er auf, dann wurde er wieder dünn. So blieb er.

Gegen jedermann war er liebenswürdig, zuvorkommend, wie sich das für einen Gast schickt. Er kaffte nicht, ging niemandem aus dem Weg, fuhr aber auch niemandem an die Beine. Gab es Konflikt mit der farbigen Dienerschaft, war er wie verschwunden. Er verpöfelte sogar die Achen.

Dann verschwand er wirklich.

Nach fünf Tagen. „Fortgelaufen!“ sagte sein Köchlein, der chinesische Koch.

Man hatte ihm nichts zuleide getan. Er trug er die Freundlichkeit nicht, die reichliche Fütterung?

Er kam auch nicht wieder zu uns zurück.

Einige Wochen später — kurz vor der Abreise — sahen wir ihn nochmals. Auf der anderen Seite der Stadt, dort, wo das Gemeinschaftshaus der Kanaken ist, die nicht bei den Weißen schlafen dürfen, sondern nach Sonnenuntergang die Straßen und Lungalows verlassen müssen. Auch Waislinge wohnen dort. Farbige Haut ist farbige Haut.

Eigentlich waren es nur noch Reste des kleinen No-room. Ein Kabover, den ein lichter, halbblütiger Junge nach Hause trug.

## Umwälzung der Energieversorgung

Das ungeahnt rasche Tempo, in dem auf dem Gebiete der Technik Fortschritt auf Fortschritt folgt, hat es uns längst abgewöhnt, daß wir uns über die Verwirklichung von Plänen wundern, die wir noch vorgertern in das Reich der Phantasie und Utopie verwieseln haben. Besonders auf elektrotechnischem Wege haben uns die letzten Jahrzehnte Umwälzungen gebracht, die uns auf fast allen Gebieten vor neue Aufgaben gestellt haben, aber noch immer können wir nicht sagen, daß die Entwicklung bereits einen Abschluß erreicht hat. Die Ausnutzung der elektrischen Wellen für die drahtlose Übertragung ist uns etwas Alltägliches geworden dank der unerbittlich raschen Entwicklung, die der Rundfunk gefunden hat. Auch das Problem des Fernsehens ist nicht mehr weit von seiner Lösung. Mit all diesen Fortschritten ist vor allem der Name Marconis verbunden. Noch vor kurzem beschäftigte sich die Öffentlichkeit mit seinen Erfolgen, die er durch die Einrichtung seines „Beampertehrs“ in der Ausnutzung ferngesteuerter Kurzwellen erreichte. Hier war es ihm gelungen, das Nachrichtenmonopol der englischen und amerikanischen Kabelgesellschaften zu brechen und billiger und rascher und zumindest ebenso zuverlässig Nachrichten mit seinen Apparaten zu übermitteln. Dieser Erfolg löste eine einschneidende Umwidmung der großen englischen und amerikanischen Kabelgesellschaften auf rein wirtschaftlichem Gebiet durch die Bildung riesiger Konzerne aus. Noch ist die Auswirkung dieser seiner technischen Erfolge nicht zu übersehen und schon erhalten wir neue Nachrichten von anderen Versuchen auf einem anderen Gebiete der Elektrotechnik, die ungeahnte Möglichkeiten für die Zukunft erschließen.

Es handelt sich hier um das Problem der Fernübertragung elektrischer Energien. Die ersten Versuche auf diesem Gebiete knüpfen sich an den Namen des amerikanischen Ingenieurs Tesla, der vor dem Kriege mit seinen Experimenten von sich reden machte. Seine Versuche sahen physikalisch, kurz gesagt, etwa so aus, daß er durch Erreichung immer höherer Spannungen bis zu mehreren Millionen Volt glaubte, den nicht leitenden Raum überwinden und so elektrische Energien von ihrer Ursprungsquelle räumlich entfernt in Arbeit umsetzen zu können. Irgendeine praktische Bedeutung haben seine Versuche nicht erlangt. Nach dem Kriege tauchte plötzlich die Nachricht auf, daß es einem Engländer gelungen sei, das Problem der Fernübertragung ungeheurer Kräfte zu lösen. Es war Mathews, der über Nacht berühmt wurde und um dessen Geheimnis sich angeblich große Länder wie England, Frankreich und Amerika bemühten: die Todesstrafe. Doch als man Mathews schließlich zwang, vor einem kleinen Kreis von Wissenschaftlern den Beweis für seine Behauptungen zu führen, wurde es ein glattes Fiasko. Nicht einmal eine armelige Maus erlag aus nächster Nähe den geheimnisvollen Strahlen und Mathews zog es vor, sorg- und klanglos von der Bildfläche zu verschwinden. Seine Versuche haben insofern aber eine gewisse Bedeutung, als es sich bei ihnen darum handelte, elektrische Wellen zur Kraftübertragung auszunutzen.

Gewiß sind die Vorgänge des Rundfunks auch nichts anderes als die Übertragung von Energie, die aber in so verschwindend kleinen Mengen in den Empfänger ankommt, daß sie für eine eigentliche Arbeitsleistung nicht mehr ausgenutzt werden kann. Weiterhin

haben diese verhältnismäßig langen Wellen, die man hier benutzt, den Nachteil, daß sie nicht in eine bestimmte Richtung so ohne weiteres gezwungen werden können, daß sie sich nicht auf einen bestimmten Punkt konzentrieren lassen. Dies ist erst Marconi mit seinen kurzwelligen „Beampertehrs“ gelungen, der ja gerade darauf beruht, daß diese verhältnismäßig kurzen Wellen sich mit einer einfachen Apparatur richten lassen. Aber mit diesen sogenannten Kurzwellen und den Langwellen ist ja nur ein verschwindend geringer Bruchteil der Möglichkeiten erschöpft, die elektrische Wellenstrahlung bietet. Denn das, was wir als Licht- oder Wärmestrahlen empfinden, sind ja auch nichts anderes als elektrische Wellen, nur ist ihre Wellenlänge eben von einer ganz besonderen Kürze, die kaum über Tausendteile des Millimeters hinauskommen, wogegen die sogenannten kurzen Wellen doch immer noch eine beträchtliche Anzahl von Zentimetern oder Metern zur Wellenlänge haben.

Und in dieses Gebiet der Wellenlängen, die sich nur noch nach Millimetern messen lassen, führt die Frage der elektrischen Energieübertragung hinein. Nach dem, was bisher darüber verlaute, scheint Marconi auf dem Wege zu sein, technische Einrichtungen auch von wirtschaftlich brauchbarem Wert zu erfinden, die eine Kraftübertragung auf große Entfernungen möglich machen. Die Schwierigkeit liegt aber eben in der Erzeugung kleinster Wellen. Diese aber sind notwendig, um die Wellenzüge gleicher auf den Punkt konzentrieren zu können, an dem die übertragene elektrische Energie in Arbeit umgekehrt werden soll. Dieses genaue Richtungsgeben geschieht durch große Parabolspiegel, mit denen sowohl die Sendee- als auch die Empfangsstation ausgerüstet ist. Der Vorgang der Energieübertragung wäre also im Grunde ein verhältnismäßig einfacher, elektrische Kraft wird in Hochfrequenzströme von vielen Milliarden Schwingungen umgewandelt und durch den Parabolspiegel in einer bestimmten Richtung ausgestrahlt. Von der aufnehmenden Stelle werden sie wieder durch einen Parabolspiegel aufgefangen und nach entsprechender Transformation in Arbeit umgekehrt. Aber wie wir bereits hinwies, liegt die technische Schwierigkeit eben in der Erreichung derartig außerordentlich hoher Frequenzzahlen.

Bis jetzt ist der Stand der Versuche der, daß die Kraftübertragung auf diesem Wege soweit gelungen ist, wie Sender und Empfänger sich noch in Schwellen voneinander befinden. Im übrigen sind diese Versuche nicht nur von Marconi unternommen worden; auch in Deutschland hat sich Graf Arco mit derartigen Experimenten befaßt, und auch in Rußland scheint man bereits auf dem Wege zu einer gewissen Lösung zu sein. Marconi ist wohl jedoch mit seinen Versuchen am weitesten gediehen, da man ganz ernsthaft bereits den Gedanken erörtert, Kräfte von Amerika nach Europa zu übertragen. Es handelt sich dabei um die Ausnutzung der ungeheuren Energien, die in den Niagarafällen freierwerden. An der Vorstellung, daß die Kräfte der Niagarafälle in Europa zu mechanischer Arbeitsleistung ausgenutzt werden können, kann man die ganze Tragweite einer solchen umwälzenden Erfindung ermessen. Wenn das Experiment, was Marconi vorhat, wirklich gelingt, so würde es bedeuten, daß wir praktisch fast ausschließlich von dem Standort der Kraftquelle unabhängig werden. Die natürlichen Energien könnten für industrielle und sonstige Zwecke von jedem Punkte der Erde ausgenutzt werden.

Der Binscherkopf mit den Augelaugen lugte aus der Palmblatttasche. Ein dicker blutiger.

„Was tust du damit?“  
Weiße Zähne lachten. „Oh, gut kai-tai!“ Er machte schmeichelnd die Bewegung des Kauens. Wir sahen den Jungen an. Er war mager. Fast wie der kleine No-room so mager. Er hatte sicher lange nichts Richtiges gegessen. War vielleicht seinem Herrn davongelaufen und der Busch hatte ihn schlecht genug ernährt.

So daß ein hungriger und heimatlos Verlaufsener den anderen aufzeigte. Das ist ja wohl Lebensgesetz. Auch ein No-room zahlt seinen Tribut und bedeutet noch einen Wert.

„Damit ist die Geschichte aus.“

Und wenn ich sie nicht vergessen habe, so ist es wohl, weil ich es unflüchtig nicht unterlassen kann, darüber nachzudenken, ob dieser armseelige Hund besser daran tat, einen nicht weniger armseeligen Kanakenbalken sattzumachen, als bei uns ein sorgenloses, beschütztes Dasein zu führen.

Wer löst diese Frage?

## Anekdoten vom Urberliner.

In dem soeben bei Paul Franke in Berlin erschienenen Buch von Hans Oltwold „Der Ueberliner in Wit, Humor und Anekdoten“ (Neue Folge) finden wir folgende Geschichten:

### Voltaire und die Berliner „Materialisten“.

Der bekannte Großindustrielle Gottlob Nathusius (1760—1835), der in den siebziger Jahren des 18. Jahrhunderts in Berlin Kaufmannslehrling war, erzählt aus dieser Zeit in seinen reizvollen Jugenderinnerungen folgende hübsche Anekdote: „Als Voltaire bei dem König war und von philosophischen Dingen die Rede war, fragte ihn dieser eines Tages, ob es denn in Sr. Majestät-Staaten auch Materialisten gäbe? (weil doch Voltaire selbst einer war). — „O“, sagte Friedrich, „hier in Berlin allein gibts mehrere Hunderte, ich kann sie Ihnen gedruckt zeigen“, und hier legte er ihm den Adreßkalender vor, wo nämlich alle Namen der Materialwarenhändler standen, die man wohl auch Materialisten nennt. Am anderen Tage machte sich Voltaire mit der Biste auf und geht zum ersten besten. Er fragt nach Herrn so und so, und wundert sich etwas, einen Mann hinter dem Badentisch mit einer blauen Schürze zu finden. „Wein er denkt, desto besser, es wird ein natürlicher Philosoph sein, und redet ihn gleich auf sein System an. Der Mann sieht ihn groß an. Am Ende merkt er denn, daß sich der König einen Späß mit ihm gemacht hatte.“

### Keile noch dazu?

Glabrenner war damals eine der beliebtesten Persönlichkeiten Berlins. Er hatte in seinem „Berlin, wie es ist und trinkt“ die Berliner staunenswert treu geschildert, seine Satiren, seine Witze bildeten das Stadtgespräch und — der hohe Bundestag im freien Frankfurt hatte für ihn die schönste Reklame gemacht. Dieser hohe Bundestag (Glabrenner schrieb immer — weil ihm ein Härchen in die Feder geraten war — „Bundestag“) hatte nämlich das damals letzte Wort Glabrenners „Wider und Träume aus Wien“ für die sämtlichen 39 deutschen Staaten und die umliegenden Dör-

schaften verboten. Glabrenner war der Held des Tages und — weidraumdumbe! Natürlich schrieb er ein Theaterstück. Carl nahm es an. Das Stück war am Abend vor dem geschickten Morgen des Ritzmutes mit Pauken und Trompeten durchgefallen. Das ging dem „Dramaturgen“ Carl an die Nieren. Er war in die Lage des ersten Ranges gestürzt, wo „Adolph“ sah, aber die beachtlichsten Bombwürfe blieben ihm in der Recke sitzen, denn Glabrenner — piff mit den anderen so laut er konnte! „Wie heißt?“ Glabrenner, der nur, wenn er den Grad anhatte, nicht Berlinisch sprach, zischelte ihm ins Ohr: „Soll ich etwa alleene Bravo klatschen, det se mir raustennen? Reel Kelle noch dazu? Det möcht ich nicht!“

### Wir wollen keinen Keenig.

Bei der Geburtstagsfeier Friedrich Wilhelms III. am 2. August 1836 gab es in Berlin allerlei Kravall. Es wurden unter dem Rufe: „Mit Gott für König und Vaterland!“ Laternen eingeworfen und anderer großer Unfug getrieben. Ein Eckensteher rief den Postjungen entgegen: „Wir wollen keinen Keenig mehr!“ Beim Kragen genommen und auf die Wache gebracht, herrschte ihn der Postjungenkommissar an: „Warum willst du, niederträchtiger Kerl, denn keinen König mehr?“ — „Weil wir schon een'n haben!“ erwiderte trocken und lakonisch der Eckensteher.

### Kirchenbesuche.

Schleiermacher war den Berlinern als geistreicher und wichtiger Mann besonders lieb, und man pflegte die feinsten und besten Scherze, die in Umlauf kamen, ihm zuzuschreiben. — Auf die große Anzahl der Zuhörer, die sich allsonntäglich, um ihn zu hören, in der Dreifaltigkeitskirche einfanden, sei er, so erzählt man, garnicht stolz gewesen, sondern habe einst gesagt: „In meine Kirche kommen hauptsächlich Studenten, Frauen und Offiziere. Die Studenten wollen meine Predigt hören, die Frauen wollen die Studenten sehen. Und die Offiziere kommen der Frauen wegen.“ —

Ein Zeitmesser für Telephongespräche. Es gibt eine Stadt, in der man nicht die Zahl der Gespräche, die man telephonisch führt, sondern ihre Gesamtdauer bezahlt. In Coerett, einem Ort im Staate Washington, werden im Fernsprechnetz besondere Zähler verwendet, die jedesmal 15 Sekunden, während deren gesprochen wird, registrieren. Die Zählvorrichtung, deren Einzelheiten in der „Anschau“ genau beschrieben werden, arbeitet vollkommen lautlos; sie befindet sich im Fernsprechamt, und über dem Fernsprecher des Teilnehmers hängt nur ein kleiner Registrierungsapparat, der etwa einem Coemesser gleicht. Der Gesprächsmesser oder Telephonometer, der unter steter Kontrolle des staatlichen Amtes für öffentliche Arbeiten in Washington steht, hat sich in Coerett vortrefflich bewährt. Seitdem er eingeführt ist, hat sich die Zahl der Teilnehmer verdoppelt, denn die Kosten stellen sich viel niedriger als bei dem alten Pauschsystem. Wenn man nämlich weiß, daß nicht das Gespräch, sondern die Zeit der Gesprächsdauer bezahlt wird, dann hütet man sich vor allzu langem Geplauder am Fernsprecher, und selbst die Damen von Coerett haben gelernt, alle Gespräche nach Möglichkeit abzukürzen, weil eine „Kilometerunterhaltung“ den Geldbeutel so sehr angreift. Diese legendäre Erfindung, die unseren wertvollsten Besitz, die Zeit, vor Diebstahl schützt, soll jetzt auch in anderen amerikanischen Städten eingeführt werden.

